

In Rendite vereint

Thomas Fatheuer über die schwierige Beziehung zwischen Ökonomie und Natur

5

«Kein Preisschild für die Natur»

Pavan Sukhdev, Leiter der TEEB-Studie, im Interview mit Barbara Unmüßig

15

Von wegen alternativlos!

Ein Plädoyer für die Commons von Silke Helfrich und Stefan Tuschen

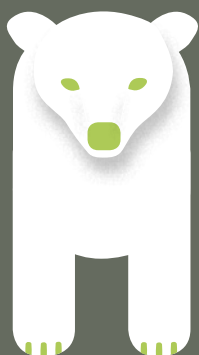
30

böll

THEMA

Das Magazin der Heinrich-Böll-Stiftung
Ausgabe 1, 2012

GRÜNE
ÖKONOMIE



WAS UNS DIE NATUR
WERT IST

Der besondere Tipp

Podiumsdiskussion und Lesung

Böll in Russland – Kopelew in Deutschland

Mo, 18. Juni, 18–21:30 Uhr

Beletage der Heinrich-Böll-Stiftung

Mit: Nina Pawlowa (Moskau), Irina Prochorowa (Moskau), Karl Schlögel (Berlin) u.a.

Der Briefwechsel Böll-Kopelew wird gelesen und kommentiert von Klaus Bednarz und Fritz Pleitgen.

Reihe: Die regenerative Stadt – Exkursion und Tagung

Zukunft der Mobilität in Kommunen

Fr, 22. Juni, 10–18.30 Uhr

Jahrhunderthalle Bochum

Mit: Heiner Monheim (Verkehrswissenschaftler, Universität Trier), Stefan Schurig (World Future Council), Henning Thomsen (Verkehrsplaner, Kopenhagen), Martin Tönnies (Dezernent für Raumplanung, Regionalverband Ruhr) u.a.

Schriftenreihe zur Ökologie



Going Green: Chemie

Handlungsfelder für eine ressourceneffiziente Chemieindustrie

Von Uwe Lahl und Barbara Zeschmar-Lahl

Hrsg. von der Heinrich-Böll-Stiftung

Schriften zur Ökologie – Band 19

Berlin, November 2011, 96 Seiten

Auf dem Weg zu einem globalen (Umwelt-) Bewusstseinswandel

Von Sacha Kagan

Hrsg. von der Heinrich-Böll-Stiftung

Schriften zur Ökologie – Band 20

Berlin, Juni 2012, 52 Seiten

Die Zukunft, die wir wollen – eine feministische Perspektive

Von Christa Wichterich

Hrsg. von der Heinrich-Böll-Stiftung

Schriften zur Ökologie – Band 21

Berlin, Februar 2012, 52 Seiten

Kritik der grünen Ökonomie – Impulse für eine sozial und ökologisch gerechte Zukunft

Von Barbara Unmüßig, Wolfgang Sachs und Thomas Fatheuer

Hrsg. von der Heinrich-Böll-Stiftung

Schriften zur Ökologie – Band 22

Berlin, Mai 2012, 48 Seiten

Strategien zur Modernisierung I: Neue Finanzierungsmodelle für einen klimaneutralen Gebäudebestand

Eine Studie von Swantje Küchler und Uwe Nestle

Im Auftrag und hrsg. von der

Heinrich-Böll-Stiftung

Schriften zur Ökologie – Band 23

Berlin, Juni 2012, 120 Seiten

Strategien zur Modernisierung II: Mit EKO-Quartieren zu mehr Energieeffizienz

Eine Studie von Klaus Habermann-Nieße, Lena Jütting, Kirsten Klehn und Bettina Schlomka.

Im Auftrag und hrsg. von der Heinrich-Böll-Stiftung

Schriften zur Ökologie – Band 24

Berlin, Juni 2012, 80 Seiten

Weitere aktuelle Publikationen

Öffentlichkeit im Wandel – Medien, Internet, Journalismus

Hrsg. von der Heinrich-Böll-Stiftung

Schriften zu Bildung und Kultur – Band 11

Berlin, April 2012, 152 Seiten

Die Zukunft der Europäischen Demokratie

Von Claudio Franzius und Ulrich K. Preuß

Im Auftrag und hrsg. von der

Heinrich-Böll-Stiftung

Schriften zu Europa – Band 7

Berlin, Januar 2012, 160 Seiten

Einen Überblick über unsere Publikationen finden Sie unter: www.boell.de/publikationen

Online-Debatte

Bündnisse – ein Weg zu erfolgreicher Geschlechterpolitik. Was ist der Streit-Wert?

Wir laden zur Diskussion ein: Mit einem Kommentar direkt auf dem Blog (<http://streit-wert.boell-blog.org/>) oder einem eigenen Artikel an die

E-Mail gwi@boell.de

Aktuelle Dossiers

www.boell.de/burma

www.boell.de/russland

www.boell.de/rio20

www.boell.de/focus-on-hungary (en)

Die Stiftung in Sozialen Netzwerken

Die Heinrich-Böll-Stiftung ist in verschiedenen Sozialen Netzwerken aktiv.

Werden Sie Freund oder Freundin der Stiftung auf Facebook unter www.boell.de/facebook, sehen Sie Filme und Videos bei YouTube (www.boell.de/youtube), Bilder bei Flickr (www.flickr.com/photos/boellstiftung) oder verfolgen Sie die aktuellen Nachrichten der Stiftung über den Kurznachrichtendienst Twitter unter www.twitter.com/boell_stiftung. Wie immer bieten diese Netzwerke einen Rückkanal, über den Sie mit uns in Kontakt treten können.

Impressum

Herausgeberin

Heinrich-Böll-Stiftung e.V.

Schumannstraße 8, 10117 Berlin

T 030–28534–0

F 030–28534–109

E thema@boell.de

W www.boell.de/thema

Redaktion

Elisabeth Schmidt-Landenberger

Redaktionsassistentz

Susanne Dittrich

Mitarbeit

Barbara Unmüßig, Lilia Fuhr,

Dr. Heike Löschmann, Thomas Fatheuer

Annette Maennel (V.i.S.d.P.)

Art Direktion

Blotto Design, Berlin

www.blottodesign.de

Illustrationen

Martin Nicolausson

www.martinnicolausson.com

Druck

agit-Druck, Berlin

Papier

Inhalt: Envirotop, 100g/m² matt hochweiß,

Recyclingpapier aus 100% Altpapier

Umschlag: Clarosilk, 200g/m²

Bezugsbedingungen

zu bestellen bei oben genannter Adresse

Die einzelnen Beiträge stehen unter der Creative Commons Lizenz: CC BY-NC-ND 3.0

Editorial

«Wir brauchen eine differenzierte Debatte»

Die nächste große internationale Konferenz in Rio de Janeiro steht vor der Tür. 20 Jahre nach dem Erdgipfel sollen wieder einmal Weichen für eine gerechtere und grünere Zukunft gestellt werden. Die Erwartungen aber sind schon im Vorfeld mehr als gedämpft. Niemand hofft noch auf einen Durchbruch für eine grünere oder gerechtere, klima- und armutsfeste Welt. Die politischen und ökonomischen Konstellationen sind nicht so, dass die großen Krisen der Welt – Klimawandel, Armut, Ressourcen- und Ernährungssicherung – endlich einverständlich und vor allem in fairer Lastenteilung zwischen Nord und Süd angegangen werden könnten.

Es wird ein paar kleine Schritte geben. Im UN-System wird eine Aufwertung der Umweltpolitik diskutiert. Und das Konzept einer Grünen Ökonomie erlebt auf internationaler Ebene eine ungewöhnliche Beachtung: Was sie ist und sein soll, mit welchen Maßnahmen und Instrumenten sie umgesetzt werden soll, wird heftig und kontrovers diskutiert.

Wir nehmen in diesem Böll.Thema einen wichtigen und besonders umstrittenen Aspekt der Grünen Ökonomie unter die Lupe: die ökonomische Bewertung von Natur. Schützen wir sie, indem wir ihr einen monetären Wert geben? Welche marktbasierenden Ansätze und Instrumente sind sinnvoll und welche nicht? Und wer ist in die Entscheidungen im Natur- und Ökosystemschutz eingebunden?

Bisher wurde die Tendenz, alle Arten von Ressourcen in handelbare Güter zu verwandeln, viel zu wenig beachtet. Dabei werden Böden, Wasser und Wälder immer stärker in monetäre Kreisläufe eingebunden und ihr Warenwert wird auf den globalen Finanzmärkten über Finanzmarktinstrumente und -produkte wie Derivate gehandelt. Auf der Suche nach Geldanlagemöglichkeiten sind es nicht nur die Rohstoffe und Nahrungsmittel, sondern auch Boden und Wald, die für die Suche nach Rendite attraktiv gemacht werden sollen.

Böll.Thema will neuen Trends – ob positiv oder negativ – nachspüren. Und in diesem Heft zu Rio+20 die Frage stellen: Was hat es mit der vom Umweltprogramm der Vereinten Nationen offensiv betriebenen Studie «The Economics of Ecosystems and Biodiversity» (TEEB) auf sich? Die Diskussion darüber wird international sehr konfrontativ geführt. Böll.Thema möchte eine nachdenkliche und differenzierte Debatte anstoßen, denn auf der Suche nach einem Weg heraus aus der Klima-, Ressourcen- und Armutskrise nützt es wenig, alle Ansätze der Grünen Ökonomie und alle marktbasierenden Instrumente als «Greenwashing» abzutun – als grünen Kapitalismus oder gar als Wolf im grünen Schafspelz, wie das im Vorfeld der Rio-Konferenz leider immer lauter zu hören ist.

Wenn Sie sich an der Debatte dieses Heftes beteiligen möchten, schreiben Sie uns. Wir freuen uns über jede Rückmeldung. ■■



Barbara Unmüßig
Mitglied des Vorstands der
Heinrich-Böll-Stiftung

Inhalt



- 1 **«Wir brauchen eine differenzierte Debatte»**
Editorial von Barbara Unmüßig

Einleitung

- 3 **Die Kritik an Rio+20 und der Green Economy** —
Ein Überblick von Barbara Unmüßig

20 Jahre Rio

- 5 **In Rendite vereint** — Ökonomie und Natur:
Die Geschichte einer schwierigen Beziehung
Von Thomas Fatheuer

Glossar

- 8 **Biodiversität & Co** — Ein Wegweiser durch
die Begriffe der Grünen Ökonomie
Von Thomas Fatheuer

Finanzialisierung

- 9 **Die Geister, die ich rief** — Das riskante Spiel
auf dem Geld- und Finanzmarkt
Von Heike Löschmann

Gut zu wissen

- 12 **Von der Ökosteuer zu REDD** — Fragen und
Antworten zu den Versuchen, das Treibhaus mit
Geld zu kühlen *Von Dietmar Bartz*

Das große Interview

- 15 **«Niemand will der Natur ein Preisschild
umhängen»** — Pavan Sukhdev im Gespräch
mit Barbara Unmüßig

REDD-Special

- 19 **«Ich habe große Hoffnungen»** — Paulo
Moutinho im Gespräch mit Thomas Fatheuer

- 20 **Was ist REDD?** — Ein Überblick
von Dietmar Bartz

- 21 **Praktisch nicht machbar** — Statt auf den
Markt zu warten, wäre es wohl besser, REDD
als «big idea» zu begraben
Der Kommentar von Thomas Fatheuer

Grüne Ökonomie kontrovers

- 22 **Zwischen Hoffnung und Furcht**
Von Jürgen Maier und Thomas Fatheuer

Emissionshandel

- 24 **Der Deal mit dem Dreck** — CO₂-Zertifikate:
Kommerz oder Königsweg?
Von Tilman Santarius und Wolfgang Sterk

Care-Economy

- 27 **Wo hört die Arbeit auf? Wo fängt die
Liebe an?** — Wie die von Frauen geleistete
Sorgearbeit für Menschen und Umwelt wirklich
aufgewertet werden kann
Von Christa Wichterich

Die Commons

- 30 **Von wegen alternativlos!** — Die Commons
funktionieren jenseits von Markt und Staat
*Ein Plädoyer von Silke Helfrich und
Stefan Tuschen*

Ökonomie und Ethik

- 33 **Ein wenig mehr Bescheidenheit, bitte!** —
Über die Verführung, Kosten-Nutzen-Kalküle
zur höchsten menschlichen Weisheit zu
erklären *Von Konrad Ott*



Inhalt

- 3 Einleitung
- 5 20 Jahre Rio
- 8 Glossar
- 9 Finanzialisierung
- 12 Gut zu wissen
- 15 Das große Interview
- 19 REDD-Special
- 22 Grüne Ökonomie
kontrovers
- 24 Emissionshandel
- 27 Care-Economy
- 30 Die Commons
- 33 Ökonomie und Ethik

«Die UN-Konferenz für Nachhaltige Entwicklung im Juni 2012 in Rio de Janeiro setzt vor allem auf die Grüne Ökonomie, die die Natur mehr und mehr auch in ökonomischen Kategorien wertschätzen möchte. Dieses Konzept hat weltweit und auch im Vorfeld von Rio+20 eine hitzige Debatte entfacht.» >

Einleitung von Barbara Unmüßig

Nachhaltige Entwicklung, das war das Schlüsselwort der UN-Konferenz Umwelt & Entwicklung in Rio 1992. Es war einstmals ein emanzipatorischer und systemkritischer Begriff, und er sollte ursprünglich ein ganzheitliches Verständnis von Entwicklung transportieren: ökologische Tragfähigkeit, soziale und internationale Gerechtigkeit sowie dauerhaften wirtschaftlichen Nutzen und demokratische Teilhabe.

Bald avancierte vor allem Nachhaltigkeit zu einem Modewort. Es wurde eine Worthülse für alles und nichts und willkürlich und vielfältig verwendet: von der nachhaltigen Rente bis zu nachhaltigem Wachstum. Ein beliebiger Begriff, seiner ursprünglichen emanzipatorischen und innovativen Kraft beraubt. Es ist nicht gelungen, den Begriff schärfer zu fassen: Entwicklung wofür? Für wen? Ebenso wenig gelang es, ihn gar als «Entwicklung der Gerechtigkeit» zu definieren.

Das Konzept, die ökologischen, sozialen, ökonomischen und kulturellen Dimensionen für die Zukunftsfähigkeit von Gesellschaften – ob in Nord, Süd, Ost oder West – zusammen und in ihren Wechselwirkungen zu denken, ist in der Realpolitik und Realwirtschaft, von Nischen abgesehen, nie angekommen.

Die nächste große Konferenz in Rio de Janeiro im Juni 2012 heißt zwar UN-Konferenz für Nachhaltige Entwicklung (UNCSD) – sie verzichtet aber auf eine großangelegte Wiederbelebung dieses Begriffs und setzt vor allem auf eine Dimension: auf die (Grüne) Wirtschaft.

Das umfangreichste Konzept für den Aufbruch in eine Grüne Ökonomie hat UNEP, das Umweltprogramm der Vereinten Nationen, vorgelegt. Seit 2008 bündelt es in seiner Green Economy Initiative verschiedene Ansätze und Projekte. Eines davon ist der im Februar 2011 vorgelegte umfassende Bericht «Towards a Green Economy – Pathways to Sustainable Development and Poverty Eradication». Er war als zentraler Input für Rio+20 gedacht. Er bündelt Analysen und Empfehlungen für eine nachhaltigere Entwicklung und eine grünere Ökonomie. Der Bericht rechnet hoch, was grüne Investitionen im Gegensatz zu Investitionen in «business as usual» an positiven Effekten bringen könnten – bezogen auf Beschäftigung, Ressourcenintensität, Emissionen und für die Umwelt insgesamt.

Die zweite Säule der UNEP Green Economy Initiative sind Konzepte und Empfehlungen, mehr in die Ökosystemdienstleistungen und die Biodiversität zu investieren. Aus UNEP-Sicht sind sie ein ökonomisch völlig unterbewerteter Wirtschaftsfaktor: «Diese sogenannten Ökosystemdienstleistungen finden sich meistens in der Natur öffentlicher Güter und Dienstleistungen, deren wirtschaftliche Unsichtbarkeit bis heute ein Hauptgrund für ihre Unterbewertung, Missmanagement und letztlich Verlust war.» (UNEP 2011, 22). Dieses «Naturkapital» gelte es für die Grüne Wirtschaft zu heben.

Es ist die schon etwas ältere Idee, dass der Schutz von Ökosystemen und biologischer Vielfalt besser gelingt, wenn deren Nutzung ökonomisch bewertet wird oder etwas kostet. Marktbasierte Instrumente gelten nicht erst seit heute als wichtiger Hebel im Umwelt- und Naturschutz. Weil die öffentlichen Kassen nach den Finanz- und Wirtschaftskrisen der vergangenen Jahre leer seien, braucht es laut UNEP nun noch weitere marktwirtschaftliche Anreize auch für den Privatsektor, um in den Erhalt der Umwelt zu investieren.

So gilt REDD («Reducing Emissions from Deforestation and Degradation») seit den Klimaverhandlungen in Bali (2007) als ein vielversprechendes Instrument im globalen Waldschutz. Für UNEP

«So zentral der Einstieg in kohlenstofffreie und ressourceneffiziente Ökonomie ist: Ohne die Einbettung in einen Rechte- und Normenkontext, in (internationale) Verteilungs- und Machtfragen, ist Grüne Ökonomie – so sehen es die Kritiker – keine neue Vision, kein neuer Gesellschaftsvertrag, sondern lediglich ein zusätzliches Geschäftsfeld.»

ist REDD eine einzigartige Gelegenheit, nicht-nachhaltige Waldnutzung (Abholungen für Holzhandel und Viehzucht) in grüne Nutzung umzuwandeln, indem endlich die Wald- und Landnutzen für ihre Ökodienstleistungen bezahlt würden.

Viele der Absichten sind gut. Jetzt, im Umfeld der Rio+20-Konferenz im Juni 2012, steht die Grüne Ökonomie im Kreuzfeuer der Kritik. Ihr wird zum einen vorgeworfen, dass sie die soziale Dimension des Wirtschaftens beinahe ausschließlich auf den Arbeitsmarkt und die potenzielle Armutsminderung beschränkt. Soziale und politische Rechte aber sind in der Tat weiter zu fassen. Sie schließen die allgemeinen Menschenrechte, das Recht auf Nahrung, auf Wasser, auf Bildung und den Zugang zu Land ein. So zentral der Einstieg in kohlenstofffreie und ressourceneffiziente Ökonomie ist: Ohne die Einbettung in einen Rechte- und Normenkontext, in (internationale) Verteilungs- und Machtfragen, ist Grüne Ökonomie – so sehen es die Kritiker und Kritikerinnen – keine neue Vision, kein neuer Gesellschaftsvertrag, sondern lediglich ein zusätzliches Geschäftsfeld.

Der Ansatz, Umweltdienstleistungen ökonomisch zu betrachten, wird zum anderen als eine neue Etappe der Privatisierung und Kommerzialisierung der Natur angeprangert. Statt Ressourcen effizient zu nutzen oder sie gemeinsam mit der lokalen Bevölkerung gegen kommerzielle Interessen zu schützen, so der Vorwurf, würde Natur in Ware umgewandelt und nicht selten im Namen der Grünen Ökonomie die lokale Bevölkerung vertrieben.

Grüne Wirtschaft als Konzept läuft gerade Gefahr, auf internationaler Bühne ad acta gelegt zu werden, bevor es überhaupt richtig diskutiert wird. Einige Regierungen des Südens wollen es nicht, Regierungen des Nordens betrachten es häufig lediglich als Konzept, das nur für dort gelten soll. Und einige zivilgesellschaftliche Organisationen sehen in Grüner Wirtschaft den großangelegten Versuch des «greenwashing» oder einen neuen Ausverkauf der Natur.

Im Streit darum wird erstaunlicherweise das Konzept der Nachhaltigen Entwicklung wieder aus der Versenkung geholt. All das wird uns aber nicht in eine gerechtere, wachstumsbefriedete Welt führen. Wir brauchen einen 2. Rio-Gipfel, der Prioritäten setzt und die schlimmsten ökologischen und sozialen Krisen heute angeht. Vorschläge liegen zahlreich auf dem Tisch. ■■■



Ökonomie und Natur: Die Geschichte einer schwierigen Beziehung

In Rendite vereint

Von **Thomas Fatheuer**

Natur und Ökonomie haben eine spannungsreiche gemeinsame Geschichte. Und heute scheiden sich in den aktuellen Debatten vor Rio+20 gerade an dieser Beziehung wieder die Geister. Sehen die einen in der Synthese von Natur und Ökonomie in einer Grünen Ökonomie den einzigen zukunftsweisenden Weg, vermuten andere eine Radikalisierung der Unterwerfung der Natur unter eine zerstörerische Wirtschaftsordnung. Ein kurzer Rückblick kann die aktuelle Debatte vielleicht etwas erhellen.

Immer wieder wird der modernen Ökonomie vorgeworfen, sie sei naturvergessen. Dies ist aber nicht ganz richtig. Die moderne Ökonomie hat die Natur vielmehr in Abgrenzung zu physiokratischen Thesen bewusst ausgeschlossen. Für die Physiokraten war nur die Landwirtschaft werterzeugend, weil sie die Natur nutzt. Die moderne Ökonomie basierte auf einer Verlagerung von der Natur hin zur Arbeit, die nun als entscheidender Produktionsfaktor in den Mittelpunkt rückte. Und tatsächlich ist es die ungeheure Entwicklung der Produktivität der Arbeit, die das Rückgrat der Industrialisierung des 19. und 20. Jahrhunderts – im Kapitalismus wie im Sozialismus – bildet. Darüber geriet die Naturgebundenheit menschlichen Wirtschaftens

in Vergessenheit. Naturressourcen schienen unendlich, ihre Erschließung war das Problem, nicht ihre Begrenztheit.

Erst mit der in den siebziger Jahren deklarierten ökologischen Krise tritt die Natur wieder mit Macht auf die öffentliche Bühne – und wird zunächst eher politisch wahrgenommen. Die Abhängigkeit der menschlichen Existenz von der Natur wird nun vor allem als Abhängigkeit von Rohstoffen gesehen, die endlich sind oder sich in falschen Händen befinden. Da Knappheit eines der großen Themen der ökonomischen Theorien ist, kann kaum überraschen, dass in dem Augenblick, in dem die Begrenztheit der Ressourcen verstärkt wahrgenommen wird, sich auch die Beziehung zwischen Ökonomie und Natur intensiviert. Es etabliert sich die Disziplin der ökologischen Ökonomie, die mit dem Weltbank-ökonom Herman Daly eine Stimme findet, die gehört wird.

Die als «Weltumweltgipfel» proklamierte Konferenz in Rio im Jahre 1992 symbolisiert diese neuen Zeiten. Nach vielfachem Zögern und zahlreichem Widerstand war die Umwelt-

politik im Mainstream angekommen – zumindest verbal. Umweltprobleme werden nun als Dimension einer globalen Krise wahrgenommen, die die Menschheit bedroht. Radikalere Änderungen



20 Jahre Rio

als ein paar neue Umweltauflagen und Schutzgebiete waren notwendig geworden.

Biodiversität – ein Begriff macht Karriere

In Rio sind die Weichen gestellt worden, die zu der heute diskutierten «green economy» führen. In der allgemeinen Identifizierung der Rio 92-Konferenz mit dem Nachhaltigkeitsbegriff und der Klimakonvention ist die zweite Konvention – über den Schutz der Biodiversität – oft übersehen worden.

Aber für eine folgenreiche Neubestimmung des Naturbegriffes war diese Konvention ein wichtiger Meilenstein. Der Begriff Biodiversität wird erst in den achtziger Jahren durch Veröffentlichungen von E.O. Wilson in Umlauf gebracht. Seine Bücher *Biodiversity*

«Da Knappheit eines der großen Themen der ökonomischen Theorien ist, kann kaum überraschen, dass in dem Augenblick, in dem die Begrenztheit der Ressourcen verstärkt wahrgenommen wird, sich auch die Beziehung zwischen Ökonomie und Natur intensiviert.»

(1988) und *The Diversity of Life* (1992) werden zu den grundlegenden Werken.

Es ist schon eine beachtliche Karriere, mit der es dieser eher unverständliche Begriff in so wenigen Jahren in den Titel einer UN-Konvention geschafft hat, die neben der Klimakonvention steht. Mit «Biodiversität» gelingt es, dem verstaubten und oftmals romantisierenden Naturschutz eine neue Grundlage zu geben. Die Vielfalt von Ökosystemen und Arten ist eine notwendige Bedingung des Lebens auf unserem Planeten. E.O. Wilson ist Evolutionsforscher! Der Verlust der Artenvielfalt kann damit über die einzelnen lokalen Prozesse der Umweltzerstörung als globale Bedrohung gesehen werden.

Die einleuchtenden Aspekte des Konzeptes Biodiversität haben aber oftmals den Blick auf die ökonomischen Implikationen der neuen Begrifflichkeit verstellt. Wilson argumentiert, dass Biodiversität unsere wertvollste Ressource darstellt – nicht nur aufgrund der Funktion der Vielfalt für die Evolution, sondern auch aufgrund des noch gar nicht entdeckten möglichen Nutzens von Pflanzen und Tieren. Es geht nicht mehr um ein romantisches Naturbild, sondern um den «praktischen Wert wildlebender Pflanzen» (Wilson). «Im Zeichen der neuen *biodiversity* endlich die große Synthese von Ökonomie und Ökologie!», konstatiert Joachim Radkau.

Mit der Biodiversitätskonvention verbreitet sich ein neues technizistisches Sprechen über Natur. «Genetische Ressourcen» wird zu einem gängigen Begriff.

Biodiversität transformiert Natur in operationalisierbare Einheiten. Ökosysteme und Arten lassen sich klassifizieren, das Artensterben kann quantifiziert werden. Damit sind die Türen für eine Neubestimmung der Beziehung zwischen Natur und Ökonomie geöffnet.

Die Natur als Dienstleister

1997 gelingt Robert Costanza und anderen ein wissenschaftlicher, publizistischer Coup: Sie berechnen den Wert der Ökosystemdienstleistungen der Welt mit 16–54 Trillionen pro Jahr, verglichen mit einem Brutto sozialprodukt von 18 Trillionen. Die Zahlen konnten letztlich nicht überzeugen, aber der Artikel hat den Begriff der Ökosystemdienstleistungen schnell etabliert. Damit wird nun der Wert der Biodiversität aufs Engste mit ihrem Nutzen für den Menschen verbunden. 2001 gibt der damalige UN-Generalsekretär Kofi Annan den Auftrag zu einer umfassenden Studie über den Zustand der Ökosysteme der Welt. Das 2005 veröffentlichte *Millennium Ecosystem Assessment* (MA) will den Blick auf den Nutzen lenken, den Menschen durch Ökosysteme haben. Dabei stellt es den Begriff Ökosystemdienstleistungen als «benefits people obtain from ecosystems» in den Mittelpunkt. Auch wenn MA nicht primär auf eine ökonomische Bewertung von Naturdienstleistungen abzielt, so nähern sich doch Natur und Ökonomie in den Begriffen einander an. So wird die Schädigung von Ökosystemen als Verlust von Kapitalgütern klassifiziert und das Fehlen von Märkten für Ökosystemdienstleistungen als eine Ursache für deren Degradierung.

Damit ist nun ein neues und folgenreiches Naturverständnis etabliert: Natur ist zu einer Bereitstellerin von Dienstleistungen geworden. Wir haben uns daran gewöhnt, dass Dienstleistungen einen Wert haben und gehandelt werden können.

Die Ökonomie von Ökosystemen

Economics of Climate Change lautet der vielversprechende Titel des Reports von Nicholas Stern, dem ehemaligen Chefökonom der Weltbank. Eine «kopernikanische Wende» in der Klimapolitik konstatierte Ottmar Edenhofer, der Chefökonom des PIK (Potsdamer Institut für Klimafolgenforschung). Die Kosten des Klimawandels seien höher als die Kosten für eine ambitionierte Klimapolitik – das ist die Botschaft des Reports. → TEEB wurde 2008 ins Leben gerufen, um einen ähnlichen Report über die Ökonomie der Ökosysteme und Biodiversität zu platzieren – mit der Hoffnung, den publizistischen Erfolg Sterns zu wiederholen.

TEEB stellt mit seinem umfassenden Ansatz den zur Zeit wohl einflussreichsten Versuch dar, eine Ökonomie der Natur und ihrer angeblichen Dienstleistungen zu entwickeln. Für den Leiter der TEEB-Studie, Pavan Sukhdev, ist die Wurzel allen Übels, dass der ökonomische Wert der Natur unsichtbar bleibt.

20 Jahre Rio

«Natur stellt uns verteuert viel zur Verfügung, sei es saubere Luft, frisches Wasser oder Nährstoff und Wasser für Landwirtschaft. Es gibt so viel umsonst für uns. Wir nutzen die Natur, weil sie wertvoll ist, aber wir verlieren sie, weil sie umsonst ist.»

«Put a Value on Nature» – der Natur einen Wert geben, das ist Motto und Glaubensbekenntnis von TEEB. Dabei ist Wert ein vieldeutiges Wort. Wert muss nicht monetär sein, darauf legen die TEEB-Forscher großen Wert. «Ich hasse den Begriff «der Natur einen Preis geben», stöhnt Pavan Sukhdev. Aber gerade bei den Ökosystemdienstleistungen geht es auch und gerade um eine monetäre Bestimmung. So wird als Beispiel immer wieder zitiert, dass die Bestäubungsleistung der Bienen einem Wert von 190 Mrd. US-Dollar pro Jahr entspricht.

Monetarisierung kann sinnvoll sein

Aber nicht jede Monetarisierung muss gleich einer bedenklichen Vermarktung der Natur Vorschub leisten. Eine – wenn auch nur annähernde – Bestimmung von monetären Größen ist zum Beispiel wichtig, um Schaden zu ermessen. Welche Entschädigung sollen die Betreiber der Deepwater Horizon für die Schäden am Ökosystem der Tiefsee zahlen? Welchen Schaden richtet ein Schiff an, das ein Korallenriff durchpflügt?

Dass in Versicherungsverträgen Entschädigungen für den Verlust einer Hand in Geld ausgedrückt werden, bedeutet ja auch nicht, dass hier ein Handel mit Händen vorbereitet wird. Und sicherlich macht es auch Sinn, abzuwägen, ob etwa die Investition in Wasseraufbereitung oder in den Schutz von Quellgebieten teurer ist.

Der Natur einen Preis geben, das soll laut TEEB Politikern und Unternehmen bei Entscheidungen helfen, und zwar in einer Sprache, die sie verstehen. Unternehmen sollen Risiken erkennen, Politiker versteckte Kosten und langfristige Folgen ihres Handelns besser wahrnehmen.

So weit so gut, und in der hochkochenden Debatte über «Monetarisierung» der Natur sind Differenzierungen sicherlich angebracht. Aber immer wieder taucht in den Formulierungen von TEEB der den Ökonomen so vertraute Gedanke auf, dass die Dienstleistungen der Natur gefährdet sind, weil sie keinen Preis haben, weil sie die Eigenschaft haben, umsonst zu sein. «Wir brauchen einen Weg, um den Erhalt und die Wiederherstellung von Ökosystemen profitabel zu machen, so dass sie mit anderen Formen der Landnutzung wie Landwirtschaft konkurrieren können. Das ist eine Tatsache des Lebens in der kapitalistischen Welt, in der wir leben», stellt Joshua Bishop, Koordinator des TEEB for Business, kategorisch klar.

Sozialer Kontext und Gerechtigkeit

TEEB ist durch den Glauben an die Macht der Ökonomie beseelt. «It's the Economy, stupid», schallt es allen entgegen, die zweifeln. Wenn die Ursachen



der Umweltzerstörung die falschen Preissignale (umsonst) der Umweltdienstleistungen sind, dann kann die Lösung nur sein, Märkte mit den richtigen Preissignalen zu schaffen. In Zeiten, in denen die Welt das Vertrauen in die Rationalität der Wirtschaft und insbesondere des Finanzsektors zunehmend verliert, verkündet der Leiter des Rates für globale Nachhaltigkeit, János Pásztor: «Sie können die Führer des Finanzsektors zusammenrufen und Sie können ihnen sagen: Wenn Sie dies nicht machen, werden wir in fünf oder zehn Jahren in echten Schwierigkeiten stecken. Oder andersherum: Wenn wir handeln, werden wir die Möglichkeit haben, mehr Geld zu verdienen, als Sie denken, aber auf eine andere Art.»

Die Befürworter der Ökonomisierung der Natur verlieren kaum einen Gedanken an den sozialen Kontext, in dem viele der Ökosystemdienstleistungen erbracht werden, ja ihre Begriffe verschleiern geradezu die sozialen Zusammenhänge. Denn es ist ja nicht die fleißige Natur, die für ihre Dienstleistungen bezahlt werden soll, sondern es sind deren Besitzer.

Aber eine Vielzahl der letzten erhaltenen Ökosysteme befindet sich in Gebieten von indigenen Völkern und lokalen Gemeinschaften. Was wären die Konsequenzen, wenn ihre «Dienstleistungen» marktwirtschaftlich bewertet würden und das Land, auf dem sie leben, eine neue Inwertsetzung erführe? Solche Fragen stehen ebenso wenig im Blickpunkt der neuen Naturökonomie wie Fragen nach Gerechtigkeit. Sie müssen aber gestellt werden und werden in weiteren Debatten sicherlich eine entscheidende Rolle spielen. ■■■

Thomas Fatheuer hat von 2003 bis 2010 das Brasilien-Büro der Heinrich-Böll-Stiftung geleitet. Er lebt zur Zeit als freier Autor in Berlin und berät die Stiftung im Themenbereich Wald – Klima – Biodiversität.



→ **TEEB-Studie:** Die Initiative «The Economics of Ecosystems and Biodiversity» (Die Ökonomie der Ökosysteme und Biodiversität) wurde auf dem Umweltministertreffen der G8+5 in Potsdam 2007 angestoßen und nahm 2008 unter der Leitung des Deutsche-Bank-Managers Pavan Sukhdev seine Arbeit auf. Ziel des Vorhabens war es, den ökonomischen Wert der Dienstleistungen von Ökosystemen und der Biodiversität erfassbar zu machen, um sie vor Zerstörung und Raubbau zu schützen. Der Abschlussbericht von TEEB wurde 2010 auf der Vertragsstaatenkonferenz des Übereinkommens zur Biologischen Vielfalt (COP 10) im japanischen Nagoya vorgelegt.

Glossar

BIODIVERSITÄT

«Die über alle biologischen Organisationsformen hinweg anzutreffende Vielfalt von Organismen ... einschließlich der Mannigfaltigkeit der Ökosysteme». So wird in E.O. Wilsons grundlegendem Werk *The Diversity of Life* Biodiversität definiert. Die Biodiversitätskonvention der Rio 92-Konferenz nimmt auch ausdrücklich die Dimension der genetischen Vielfalt auf. Der Übersetzungsversuch «Artenvielfalt» erfasst also nur einen Teil des Konzepts Biodiversität, der aufgrund seiner Sperrigkeit im Deutschen ungenutzt verwendet wird. In gewisser Weise zielt der Begriff auf die Gesamtheit der Natur, fokussiert aber eine spezifische Eigenheit derselben: das Hervorbringen großer Varietäten als Bedingung des Lebens.

Natur als Biodiversität begriffen verweist auf die grundlegende Bedeutung ihrer Erhaltung für das Überleben und lenkt den Blick auf ein zentrales und globales Problem: den Verlust von Arten und Ökosystemen.

.....

ÖKOSYSTEMDIENST-LEISTUNGEN

«Benefits people obtain from ecosystem» lautet die kurze und prägnante Definition des Millennium Ecosystem Asset. Im deutschen Sprachgebrauch hält sich als Synonym «Umweltdienstleistungen».

Menschliches Wohlergehen hängt von einer intakten Umwelt ab, das ist die eine Botschaft des Begriffs. Die andere: Die Natur wird jetzt auch als Dienstleisterin für den Menschen gesehen. Eine Dienstleistung definiert die Wirtschaftslehre als ein ökonomisches Gut. Der Begriff schreibt also eine ökonomische Sichtweise der Natur in die Sprache ein.

.....

Biodiversität & Co: Ein Wegweiser durch die Begriffe der Grünen Ökonomie

Von **Thomas Fatheuer**

ÖKOSYSTEM

Die in einem Lebensraum vorkommenden Organismen und der sie umgebende Lebensraum, der auch als Biotop bezeichnet wird. Zu einem Ökosystem gehören sowohl unbelebte (Gestein, Boden, Klima) wie belebte (biotische) Elemente.

.....

PAYMENT FOR ECOSYSTEM SERVICES (PES)

Hier geht nun der deutschen Sprache endgültig die Puste aus – die englischen Bezeichnungen haben sich durchgesetzt, um die Honorierung/Bezahlung von Umweltdienstleistungen zu benennen. Gemeinhin wird als PES eine freiwillige Transaktion bezeichnet, bei der ein Käufer eine klar definierte Umweltdienstleistung einem Bereitsteller abkauft.

Wir befinden uns in einer etwas unübersichtlichen Welt der Metaphern. Wenn Natur Dienstleistungen bereitstellt und diese bezahlt werden sollen, ist die Natur somit als ökonomisches Subjekt definiert. Trotzdem wird es ihr nicht gelingen, ein Konto zu eröffnen. PES wird in der Regel an die Besitzer der Ökosysteme gezahlt, die die Dienstleistungen gar nicht bereitstellen und in den Begrifflichkeiten völlig verwunden sind.

.....

INWERTSETZUNG

Der Begriff wurde bisher in der deutschen Sprache lediglich in der marxistischen Tradition benutzt. Das ändert sich gerade. So fördert das linksradikale Tendenzen unverdächtige Bundesamt für Naturschutz zur Zeit eine Studie über die «Inwertsetzung von Naturschutzmaßnahmen».

Dabei geht es darum, «dass alle Dienstleistungen, die durch die Nationalen Naturlandschaften bereitgestellt werden, Wertschätzung finden. Wir verstehen die monetäre Inwertsetzung als einen Teil davon.» Damit sind der Kern des Anliegens und auch das Zentrum der aktuellen Debatte gut markiert. Sehen die einen in dieser Inwertsetzung eine neue Ära des Naturschutzes, kritisieren andere die Vermarktung von Natur. Wie die «monetäre Inwertsetzung» der Naturlandschaften funktionieren soll? Die Studie will das Potenzial von CO₂-Einsparungen von Naturschutzgebieten ermitteln und entsprechend sollen dann Zertifikate vermarktet werden.

.....

MONETARISIERUNG

Wird wohl einer der Kampfbegriffe in Rio sein. Kritiker werfen der «green economy» vor, sie wolle durch die monetäre Inwertsetzung der Natur neue Geschäftsfelder (oder neue Akkumulationsmodelle) erschließen. Natur wird zur Ware. Dass dies nicht einfach ein linkes Schreckgespenst ist, macht folgende Vision des von Wissenschaftlern verfassten «Memorandum Ökonomie für den Naturschutz» deutlich: «Spezialisierte Anbieter werden neu entwickelte Natur und ökologische Leistungen kostengünstiger und in höherer Qualität anbieten können als der einzelne Verursacher von ökologischen Schäden. Die Aufwertung von Natur und die Schaffung von biologischer Vielfalt würden dadurch von einer lästigen Pflicht zu einer Einnahmequelle. Ein Markt, auf dem ökologische Leistungen angeboten werden, würde zur Produktion von Natur die gleichen unternehmerischen Qualitäten freisetzen, die auch bei der Produktion anderer Güter zu Kostensenkungen und Qualitätssteigerungen führen.»

Hampicke et al. 2009: *Memorandum Ökonomie für den Naturschutz – Wirtschaften im Einklang mit Schutz und Erhalt der biologischen Vielfalt*.

.....

NATURKAPITAL

Robert Constanza hat mit dem Begriff Naturkapital die ökonomische Auffassung von Kapital auf Umweltdienstleistungen ausgedehnt. Volkswirtschaftler definieren Kapital meistens als Bestand von (produzierten) Produktionsmitteln zur Erstellung von Gütern und Dienstleistungen. Natur wird also als Kapitalstock gesehen, der etwas produzieren kann, nämlich die Ökosystemdienstleistungen. Naturkapital tritt neben die klassischen Kategorien Humankapital und Realkapital. Damit wird die Grenze zwischen Natur und der Produktion von Gütern und Dienstleistungen durch Menschen eingezeichnet.

.....

Finanzialisierung

Wer im Ringen um den Erhalt der Natur die Triebkräfte des Geld- und Finanzmarktes aus dem Blick verliert, betreibt ein gefährliches Spiel.

Die Geister, die ich rief

Von Heike Löschmann

Regierungschefinnen und -chefs dieser Welt werden vom 20.–22. Juni 2012 in Rio de Janeiro die Pläne für «Die Zukunft, die wir wollen» (sollen) diskutieren und verabschieden. Herzstück ist die Grüne Ökonomie. Dazu hat die Umweltorganisation der Vereinten Nationen (UNEP) ein fast 700-seitiges Werk vorgelegt. Die Ausweitung marktbasierter Elemente für den Klimaschutz und die Erfindung neuer Handelsgüter und Anlageklassen werden dort als Schrittmacher der Grünen Ökonomie präsentiert. Ausgerechnet jene Mechanismen und Instrumente sollen also verstärkt eingesetzt werden, die das Finanzsystem erschütterten und die Schuldenkrise wesentlich mit verursacht haben. Das schafft Misstrauen und erhebliches Unbehagen. Und dieses Unbehagen wird den Protest gegen die Grüne Ökonomie auf die Straßen von Rio tragen.

Eine Natur AG – nur Science-Fiction?

Die größte Sorge der Kritiker ist, dass am Ende dieser Entwicklung eine Natur-Aktiengesellschaft steht. Die Wertschätzung von Natur und eine gerechte Spiegelung von Umweltverbrauch bei der Preisgestaltung ist Konsens. Aber die Einpreisungsfalle lauert: Die Inwertsetzung und Umwandlung von Natur in ein Handelsgut, so die Befürchtung, könnte ein Beschleuniger eines „begrünten“ Neoliberalismus sein. Die Not des Zauberlehrlings kommt in den Sinn: «Die ich rief, die Geister, werd ich nun nicht los».

Ein internes Briefing des Chefökonomens der Citigroup, Willem Buiter, zeigt, wie groß die Not bereits ist:

«Ich erwarte, dass es bis 2040 einen globalen Markt für Frischwasser geben wird. Wenn die Spotmärkte für Wasser erst einmal integriert sind, werden Terminmärkte und andere wasserbasierte → Derivate folgen. Es wird verschiedene Güteklassen und Typen von Frischwasser geben. Wasser als Anlageprodukt wird im Laufe der Zeit zur wichtigsten physischen rohstoffbasierten Anlageklasse werden und Öl,

Kupfer, landwirtschaftliche Rohstoffe und Edelmetalle in den Schatten stellen.»

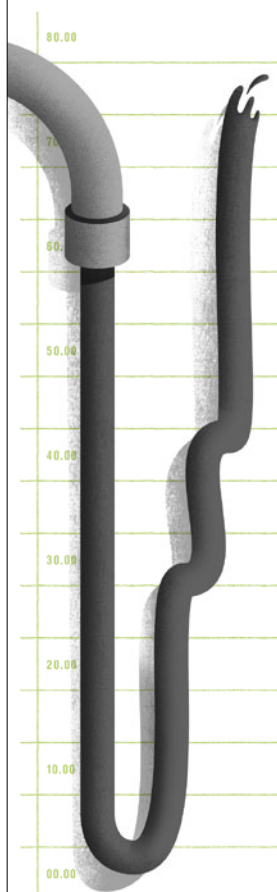
Die Vision Buiters im Klartext: Wasser selbst würde zu einem finanziellen Vermögenswert, so dass der Besitz einer physischen Menge an sich bereits eine Rendite generieren würde.

Das Beispiel verdeutlicht, welche Wirkung markt-basierte Instrumente entfalten können. Im Folgenden ein Blick auf die Entwicklung der Finanzialisierung und ihrer Triebkräfte.

Der Weg zum Finanzkapitalismus

Schon zu Beginn der siebziger Jahre zeigte sich, was wir in der jüngsten Krise beobachten konnten: Zu viel Geld jagte zu wenigen Anlagemöglichkeiten hinterher. Der Zusammenbruch des Bretton-Woods-Abkommens 1973 (Aufgabe eines festen Wechselkurssystems mit dem US-Dollar als Leitwährung) entfesselte die Triebkräfte für eine Neuordnung der Kapitalmärkte. Unter Thatcher und Reagan wurden öffentliche Dienstleistungen, aber auch Kapital und Vermögenswerte privatisiert. Die Fiskalpolitik wurde vernachlässigt, die Geldpolitik reformiert (Zinsgrenzen wurden freigegeben, die im Umlauf befindliche Geldmenge, also die Schulden, schrittweise erhöht) und damit das Grundprinzip freier, fairer Marktbedingungen zugunsten von Geschäftspraktiken verändert, die sich an den Interessen der Eliten orientieren. Von 1982 bis 2005 vergrößerte sich die Schere der Einkommensentwicklung zwischen einem Firmenchef und seinem Mitarbeitenden vom 44- auf das 411-Fache, also um den Faktor zehn. Das Ende des demokratischen Kapitalismus war eingeläutet, der auf ihm basierende Gesellschaftsvertrag bröckelte zunehmend.

Mit der Aufhebung des Glass Steagall-Gesetzes im Jahre 1999, das die Trennung von Geschäfts- und Anlagebanken vorschrieb, erfolgte ein entscheidender Schritt zur weiteren Liberalisierung der Finanzmärkte, der den großangelegten Handel mit risikobehafteten Wertpapieren später



«Finanzialisierung beeinflusst das Funktionieren der Wirtschaft in dreifacher Hinsicht: Sie verändert die Struktur und das Funktionieren der Finanzmärkte; sie verändert das Verhalten von Unternehmen, die nicht zur Finanzwelt gehören; und sie verändert die Prioritäten in der Wirtschaftspolitik.»

grenzüberschreitend ermöglichte. Nach und nach wurden die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass Geldverdienen mit Geld immer lukrativer wurde und sich der Anteil der Finanzindustrie am Brutto sozialprodukt stetig erhöhte.

Das kennzeichnet das Zeitalter der neoliberalen Finanzialisierung: Handel mit Geld, mit Schulden und mit Risiko wurde profitabler für die Kapitalakkumulation als der Handel mit Waren oder Dienstleistungen. Nach Angaben des McKinsey Global Institute handelten die globalen Kapitalmärkte Ende 2010 mit mehr als 200 Billionen US-Dollar, fast viermal mehr, als das Bruttoinlandsprodukt der ganzen Welt ausmacht. Diese Entwicklung hat enorme Auswirkungen darauf, wo Kapital investiert wird, aber auch, wie Menschen im Alltag den Kapitalmärkten ausgesetzt sind.

Je mehr die Finanzialisierung fortschreitet und mit der Realwirtschaft verknüpft wird, desto größer wird der Einfluss der Finanzmärkte, -institutionen und -eliten auf die Wirtschaftspolitik und die Wirtschaftsleistungen. Finanzialisierung beeinflusst das Funktionieren der Wirtschaft in dreifacher Hinsicht: Sie verändert die Struktur und das Funktionieren der Finanzmärkte; sie verändert das Verhalten von Unternehmen, die nicht zur Finanzwelt gehören (deren Profite aber in immer größerem Maße durch die Finanzmärkte statt durch tatsächliche Produktion generiert werden); und sie verändert die Prioritäten in der Wirtschaftspolitik.

Ein solcher durch Finanzialisierung beflügelter «Turbokapitalismus» kommt mehreren Kernanliegen von Investoren entgegen: Sie können die enormen privaten Vermögen auf den Kapitalmärkten anlegen und gleichzeitig neue Anlagegüter schaffen – eben auch aus der Natur oder ihrer Dienstleistungskapazität – und sich so auf neuen Märkten strategische Zugänge sichern. Schließlich generieren sie zusätzliche Liquidität, um den Anlagekreislauf zu schmieren.

Großangelegte Landkäufe illustrieren diese Entwicklungen und verdienen neben der Nahrungsmittelspekulation besondere Aufmerksamkeit: Land wurde von einem physischen zu einem finanziellen Vermögenswert und so ein schädlicher, künstlicher Anreiz für die Akquisition: Land muss nun nicht mehr genutzt werden, um Profit zu erwirtschaften. Die Weltbank schätzt, dass von den 46 Millionen Hektar



erworbener Landflächen bisher nur 21 Prozent tatsächlich landwirtschaftlich bearbeitet werden.

Darüber hinaus gilt: Der globale Wettbewerb um die Kontrolle natürlicher Ressourcen wird härter. Es entfalten sich neue Kämpfe um Macht und Vorherrschaft, in deren Zentrum die Kontrolle über den Handel mit Naturressourcen als strategisches Schlüsselinstrument und die Steuerung von Terminmärkten stehen.

Ein Spiel mit dem Feuer?

Die bisherigen Ausführungen zeigen, wie sehr Finanzialisierung die heutige Wirtschaft bereits durchdrungen hat. Neoliberaler Finanzkapitalismus umfasst Innovationen, die Demokratie, Wohlstand und sozialen Frieden gefährden und die Wirtschaft insgesamt großen Risiken aussetzen.

Eine Grüne Ökonomie, die im Rahmen des heutigen Geld- und Finanzmarktsystems auf den Markt und die Inwertsetzung von Natur und ihrer Dienstleistungen setzt, ist zum Scheitern verurteilt. Denn unser Geld- und Finanzsystem ist hochgradig reformbedürftig.

Im UNEP-Bericht «Auf dem Weg zu einer Grünen Ökonomie» heißt es zwar: «In Hinblick auf den kommenden Rio+20-Gipfel in Brasilien 2012 müssen klare und umsetzbare Rahmenbedingungen geschaffen werden, die Regulierungsmaßnahmen einschließen, welche die Risiko-Gewinn-Gleichung für Finanzmarkt- und Investmentakteure zugunsten grüner Investitionen verschieben.» Der Regulierungsbedarf zielt also darauf ab, Risiken der Investoren durch den Einsatz öffentlicher Gelder zu reduzieren, in Form von Bürgschaften etwa. Angesichts der notwendigen Regulierung des Finanzmarkts ist diese Ausrichtung unzureichend. Und so ist vorhersehbar, dass mit der Grünen Ökonomie ein neues Marktsegment entsteht, das ein eigentlich mehr als reformbedürftiges Finanzsystem neu befeuern wird.

In der derzeitigen Finanzmarktpraxis kann jedes inwertgesetzte Handelsgut, das getauscht wird (materiell oder immateriell, Zukunfts- oder Gegenwartswert), entweder in ein Finanzinstrument oder in ein → Derivat eines solchen verwandelt werden.

Betrachten wir den CO₂-Handel: Er steht für die Finanzialisierung der Kohlenstoffkreislaufkapazität der Erde, der wohl wichtigsten lebenserhaltenden

Finanzialisierung

Ökosystemdienstleistung der Natur. Die neuen Kohlenstoffmärkte verdeutlichen, wie eine neue Anlageklasse mit marktbasierten Instrumenten durch Verquickung von Umwelt- und Finanzpolitik geschaffen wird: Die Ware ist selbst ein Derivat – eine Spekulation auf die Vermeidung prognostizierter CO₂-Emissionen im Vergleich zu einem Ausgangswert. Werden nun → REDD-Kredite («Reducing Emissions from Deforestation and Degradation») in die CO₂-Märkte integriert, werden auch die Wälder im Namen der Klimastabilisierung finanziert.

Ein weiteres Problem: Finanzmarktakteure mit krimineller Energie nutzen den ohnehin deregulierten Derivatemarkt schamlos aus. Sie sind von Aufsichtsbehörden nur schwer zu kontrollieren. Ein Beispiel sind die Schweizer Firma Glencore und ihre Mopani-Kupfermine in Sambia: Das Unternehmen nutzte Optionsderivate auf den Kupferpreis, um es unter dem Marktpreis an ein Tochterunternehmen in der Steueroase Zug zu verkaufen. Später verkaufte das Tochterunternehmen die Derivate zum Marktpreis weiter.

Heike Löschmann Studium und Promotion im Bereich Südostasienwissenschaften an der Humboldt-Universität, war für die Heinrich-Böll-Stiftung als Asienreferentin und als Büroleiterin in Südostasien tätig und ist seit 2010 Referentin Internationale Politik in der Berliner Stiftungszentrale.

den Markt abzulehnen, sondern zu fordern, ihn durch tiefgreifende Reformen des Finanzmarktes wiederherzustellen: als Vermittler fairen Wettbewerbs und Handels.

Die Kritik am Bericht «Für eine Grüne Ökonomie im Kontext von nachhaltiger Entwicklung und Armutsbekämpfung» darf sich auch nicht einseitig gegen UNEP richten, sondern gegen Akteure, die von der Vorstellung geleitet werden, im alten System unter grünem Vorzeichen in erster Linie Geld zu verdienen – statt in den Umbau eines wachstumsabhängigen und auch nicht auf Dauer funktionsfähigen Wirtschafts-, Finanzmarkts- und Geldsystems zu investieren.

Es ist ermutigend, dass sich 20 Sonderbericht-ersteller und -berichterstellerinnen der Vereinten Nationen mit einem offenen Brief an die Staats- und Regierungschefs gewandt haben und kritisieren, dass die Vorschläge im jetzigen Entwurf der Rio-Deklaration mehr als unverbindlich und der Bezug auf die Menschenrechte ein bloßes Lippenbekenntnis seien. Sie machen konkrete Vorschläge, wie die Rio-Prinzipien international und national etabliert, die Regierungen zur Rechenschaft gezogen und Umsetzungsfortschritte transparent gemacht werden können.

Wenn Grüne Ökonomie die Aufgaben der Zukunft wirklich lösen will, muss definiert sein, was sie beinhaltet. Ihre Auswirkungen dürfen Menschenrechte und die selbstbestimmte Entwicklung von Gemeinschaften nicht einschränken. ■■■



→ **Derivate:** Wertpapiere, die ursprünglich von Aktien abgeleitet waren (lateinisch *derivare*: ableiten) und auf Preisveränderungen in der Zukunft spekulieren. Meist handelt es sich um Termingeschäfte, bei denen zu einem bestimmten Zeitpunkt ein anderes Wertpapier oder eine Ware zu einem bestimmten Preis ver- oder gekauft werden muss. Bei ungewissen Marktentwicklungen sind deswegen hohe Gewinne oder Verluste möglich. Derivate, die an Börsen oder auch außerbörslich gehandelt werden, werden zudem oft als Sicherheit für andere Börsengeschäfte oder von Krediten eingesetzt. Verlieren diese Derivate plötzlich ihren Wert, platzt damit auch das Geschäft, das sie «besichern» sollten.

→ **REDD:** Das Modell «Reducing Emissions from Deforestation and Degradation» (Reduzierung der Emissionen aus Entwaldung und zerstörerischer Waldnutzung) basiert auf der Funktion, die Wälder als Kohlenstoffspeicher für globale Stoffkreisläufe haben. Das Modell sieht vor, Emissionen, die entstehen, weil Wälder abgeholzt werden, zu messen und anschließend zu bewerten. Die Befürworter des REDD-Prozesses hoffen, auf diese Weise Anreize für einen Stopp weiterer Rodung zu schaffen. Vor allem sollen boreale Wälder und Regenwälder der südlichen Hemisphäre erhalten werden.

→ **REDD+:** Berücksichtigt auch Schritte zur qualitativen Verbesserung von Wäldern.



Schnelles Geld unter grünem Vorzeichen?

Grüne Ökonomie ist ein notwendiger Schritt zur Transformation unserer Gesellschaften in Kulturen der Nachhaltigkeit mit dem Recht auf ein gutes Leben für jeden Erdenbürger.

Grüne Ökonomie umfasst: Investitionen in modernste Umwelttechnologie, den Ausbau nachhaltiger Energien in einem vernünftigen Mix zwischen zentraler und dezentraler Infrastruktur, Effizienzgewinn im Umweltverbrauch, Ausbau von öffentlichem Transport weltweit. Dabei marktbasierte Instrumente zu nutzen, kann in die richtige Richtung steuern. Die Vorschläge von UNEP zu kritisieren, heißt ja nicht,

↑ Die Jatropha-Pflanze wird als Lieferant für Biotreibstoff von global agierenden Unternehmen in einigen Ländern Afrikas angebaut. Der Verkauf von Grund und Boden steht unter dem Vorzeichen «grüner Energie», obwohl wertvolle Äcker vernichtet werden.

Gut zu wissen

Fragen und Antworten zu den Versuchen, das Treibhaus mit Geld zu kühlen

Von der Ökosteuer zu REDD

Von **Dietmar Bartz**



Lässt sich die Klimakatastrophe mit den Instrumenten der Finanzmärkte bekämpfen? Dazu wäre nicht nur zu klären, wie teuer dem Weltwirtschaftssystem der Treibhauseffekt zu stehen kommt, sondern es müsste vor allem errechnet werden, wie groß der Schaden ist, den die Menschen durch die Erderwärmung der Natur zufügen.

Gut zu wissen

Oder umgekehrt: wie hoch überhaupt die geldwerte Leistung ist, die die Natur für das Leben der Menschen erbringt. Dann erst ließe sich fair kalkulieren, wie viel die Verschmutzer den Ländern zu zahlen hätten, die beispielsweise ihre Wälder schützen, damit dort die CO₂-Emissionen der Industrie auch weiterhin kompensiert werden können. Doch so intensiv Politiker und Politikerinnen und Aktivisten diese «Inwertsetzung der Natur» auch diskutieren, so grundlegend sind die Fragen, die die Nichtfachleute immer wieder in Veranstaltungen oder im kleinen Kreis stellen. Hier sind einige zusammengestellt und knapp beantwortet:

Wenn man weiß, wie groß die Schäden durch die CO₂-Emissionen sind – warum verteilt man die Kosten nicht entsprechend auf die Verursacher?

Einige Ökonomen haben absolute Geldbeträge ausgerechnet, zwei bis sechs Billionen Dollar jährlich. Andere haben die Schäden in Prozent des Bruttoinlandsproduktes kalkuliert – 18 Prozent der Weltwirtschaftsleistung bis 2050. Die Schäden an den globalen Ökosystemen sind aber nach wie vor nicht plausibel beziffert: Bisher haben Kritiker noch jede dieser Bilanzen zerpfückt.

Übrigens ist die im Internet verbreitete Information, das deutsche Umweltbundesamt (UBA) habe Schäden von 100 Euro pro Tonne CO₂-Emissionen ausgerechnet, eine Legende. Weder das UBA selbst noch die Redaktion der kritischen Zeitschrift *Zeo2* kennt eine solche Zahl. Vermutlich kursiert dieses Gerücht, weil den großen Verschmutzern in der Industrie eine Strafe von 100 Euro pro Tonne illegale CO₂-Emissionen droht. Der Betrag ist aber einfach zur Abschreckung festgelegt worden.

Warum wird nicht einfach eine Steuer auf CO₂-Emissionen eingeführt, die so hoch ist, dass der Ausstoß rückläufig wird? Bei der Ökosteuer auf Benzin hat das doch auch in etwa geklappt.

Schon in der EU sind einheitliche Steuern nicht durchsetzbar, geschweige denn weltweit. Neben diesem Aspekt und der Staatsgläubigkeit, die aus der Steueridee spricht, gibt es auch einen bedeutsamen theoretischen Einwand gegen den ganzen Ansatz: Letztlich wären die Regierungen dann sogar daran interessiert, dass weiter emittiert wird, damit es nicht zu Steuerausfällen kommt – jedenfalls eine Interessenkollision, wie wir sie auch von der Tabaksteuer kennen.

Marktwirtschaftliche Elemente gibt es in der Klimapolitik seit mehreren Jahren. Warum haben sie das CO₂-Problem nicht gelöst?

Nach jeweils jahrelangen Vorbereitungen ist seit 2005 der Handel mit CO₂-bezogenen Finanzinstrumenten zulässig, der nationale und internationale Emissionshandel. In der EU heißt das Verfahren European Union Emission Trading System (ETS). In dessen Rahmen kaufen und verkaufen Großverschmutzer an Börsen ihre Rechte, bestimmte Mengen Kohlendioxid

auszustößen. Zuvor hatten die EU-Regierungen Obergrenzen für deren Emissionen festgelegt, um diese «Verschmutzungsrechte» zu verknappen («cap and trade», deckeln und handeln). Ebenfalls seit 2005 existiert mit dem Clean Development Mechanism (CDM) ein ähnlicher Handel zwischen bestimmten Unterzeichnerstaaten des Kyoto-Protokolls.

Letztlich stellen ETS und CDM ein Anreizsystem dar: Wer schnell und billig seine Anlagen modernisiert, profitiert vom Emissionshandel und schont damit die Natur. Aber wie Berechnungen zeigen, haben weder der EU- noch der Kyoto-Handelsweg zu einer Senkung der Gesamtemissionen geführt. Denn die Preise für die Verschmutzungsrechte haben sich auf einem recht niedrigen Niveau eingependelt, so dass Anreize zu einer weitreichenden Emissionssenkung ausgeblieben sind, während die Abwicklungskosten hoch sind.

Gegen eine bestimmte Gebühr kann jede und jeder eine Fernreise, einen Festivalbesuch, eine Dienstleistung oder die eigene Lebensführung «klimaneutral» gestalten. Entsprechen die Preise dafür nicht den wahren Kosten?

So wenig erfolgreich der offizielle Handel ist, der auf die Senkung von Emissionen abzielt, so lebendig ist dieser freiwillige Kohlenstoffmarkt, der die Kompensation von Emissionen finanziert. Er gilt für Privathaushalte und kleinere Unternehmen, die ihrerseits emissionsträchtige Produkte verbrauchen. Die Idee ist einfach: Man kann ungefähr ausrechnen, welches Produkt und welche Dienstleistung wieviel CO₂ verbraucht. Letztlich beteiligt man sich dafür proportional an den Kosten eines Klimaschutzprojektes.

Die Rechnung geht so: Ein Flug von Deutschland nach Thailand und zurück bewirkt eine Emission von sechs Tonnen CO₂. Dafür kann man etwa in Mecklenburg-Vorpommern sechs «MoorFutures» zu je 35 Euro kaufen. Wie das? Die dortige Landesregierung hat ein Projekt gestartet: die «Wiedervernässung» des einst trockengelegten, 65 Hektar großen Polders Kieve im Landkreis Mecklenburgische Seenplatte. Moore binden enorme Mengen CO₂ – die Renaturierung von Kieve, auf 50 Jahre gerechnet, kompensiert etwa 14325 Tonnen. Aus den Projektkosten von einer halben Million Euro ergibt sich ein



Gut zu wissen

Tonnenpreis von 35 Euro. Also bietet Mecklenburg-Vorpommern 14325 Zertifikate zu je einer Tonne CO₂ an und nennt diese Anteilscheine «MoorFutures».

Das läuft nicht schlecht: Drei Monate vor dem ersten Spatenstich im Juli 2012 waren bereits 8000 verkauft. Man muss beachten, dass ein solches Projekt wirklich zusätzlich entsteht und nicht die bequeme Privatisierung einer ohnehin geplanten staatlichen Umweltschutzmaßnahme ist.

Warum kostet die Tonne CO₂ bei einer Fluggesellschaft viel weniger als beim Emissionshandel an der Börse?

Anteile an Klimaschutzprojekten werden in einer gewaltigen Preisspanne angeboten. Die Zertifikate für «MoorFutures» (s.o.) liegen im oberen Mittelfeld. Bis an die 100 Euro kann die Vermeidung einer Tonne CO₂ durch eine Fotovoltaik-Anlage in Deutschland kosten. Für ein paar Euro hingegen ist der Anteil an einem mehr oder weniger plausiblen Aufforstungsprojekt in Südamerika zu haben, den zum Beispiel viele Airlines anbieten – aber immerhin. Hier kann es Fehlentwicklungen geben: Landbesitzer könnten sich ermuntert fühlen, ihren Regenwald zu zerstören. Dann verkaufen sie das Holz in den Norden und lassen sich danach das Anpflanzen eines Nutzwaldes mit CO₂-Zertifikaten aus dem Norden finanzieren. Erst zerstört man den Regenwald, dann finanziert man das Anpflanzen eines Nutzwaldes mit CO₂-Zertifikaten wiederum aus dem Norden ... Wichtig ist also, dass solche Projekte genau geprüft werden.

Entspricht der Preis eines solchen «Emissionszertifikats» der Leistung, die die Natur erbringt, um CO₂ zu binden?

Nein. Zwar ist die Wahl zwischen verschiedenen teuren CO₂-Zertifikaten sinnvoll, aber sie sind allesamt Investitionsbeteiligungen, eben zu unterschiedlichen Kosten. Für eine echte Wertermittlung von CO₂-Kompensationen durch die Natur müsste man zunächst wissen, wie viele Tonnen CO₂ als «soil carbon» überhaupt in bestimmten Waldflächen, in Böden und Bewuchs gespeichert werden. Dann müsste diese Leistung finanziell ausgedrückt werden. Sicherlich wird es erheblich mehr sein als das, was derzeit zur Kompensation aufgewendet wird. Die geldwerte Leistung der Natur an Wäldern und Mooren – um diese wichtigen «Kohlenstoffsinken» geht es in der Diskussion hauptsächlich – umfasst ja nicht nur die CO₂-Speicherung, sondern auch die Kühlung der Atmosphäre, das Zurückhalten von Wasser, Produktion von Holz usw.

Wieso reden eigentlich heute alle vom Wald, wenn es um den Klimaschutz geht?

Noch bis zur Jahrtausendwende war die Bedeutung von Wäldern für das globale Klima wissenschaftlich halbwegs verlässlich nicht zu bestimmen. Deswegen waren sie 1997 vom Kyoto-Klimaprotokoll ausgeschlossen. Inzwischen ist die Größenordnung klar: Die Zerstörung von Wäldern, die damit verbundene

Freisetzung von zuvor gebundenem CO₂ und die wegfallende Speichereigenschaft tragen zu rund 20 Prozent zur Erderwärmung bei, übrigens ebenso viel wie das globale Transportsystem. Zuletzt bestimmte die umstrittene Studie TEEB (The Economics of Ecosystems and Biodiversity, → siehe dazu S.7) im Jahr 2008 die Umweltschäden vor allem an Wäldern mit 2 bis 4,5 Billionen US-Dollar jährlich.

Dies ist, in Zahlen ausgedrückt, das Ergebnis ihres Arbeitsauftrages, die biologische Vielfalt wirtschaftlich zu bewerten und die Dienstleistungen aufzuzeigen, die ein Ökosystem erbringt.

Was haben Börsen mit der «Inwertsetzung der Natur» zu tun?

Wer sehr große Mengen Kapital mobilisieren will, um globalen Schutz vor der fortgesetzten Erderwärmung zu bewirken, muss Spekulationsanreize bieten. Weil nun aber CO₂-Kompensationen nicht physisch gehandelt werden können, müssen sie die Form eines Wertpapiers erhalten, wie es auch eine Aktie darstellt. So können Geldgeber in Erwartung steigender Kurse investieren und durch Termingeschäfte auf einen kommenden Boom setzen. Derzeit wird die Inwertsetzung der Natur allerdings durch internationale Organisationen und Staaten untersucht und durch öffentliche Gelder finanziert.

Wie kann die Leistung der Natur gemessen werden – etwa von einem Hektar Wald?

Auf den ersten Blick bescheiden kommt eine seit mehreren Jahren von Weltbank und Vereinten Nationen unterstützte Initiative daher. Sie versucht, die CO₂-Schädlichkeit von Entwaldung und zerstörerischer Waldnutzung wissenschaftlich verlässlich zu kalkulieren. Sie ist unter ihrem englischen Kürzel REDD (Reducing Emissions from Deforestation and Degradation) bekannt; die Variante REDD+ berücksichtigt auch Schritte zur qualitativen Verbesserung von Wäldern. (→ siehe dazu S.11)

Beim REDD-Mechanismus geht es um gewaltige finanzielle Mittel. Die Grundidee ist, dass es billiger und einfacher ist, eine definierte Menge gespeichertes CO₂ in den Wäldern vor allem der südlichen Hemisphäre zu halten, als diese Menge in den Industrieländern einzusparen. Für diese Kompensationsleistung, so das Konzept, sollen sich die Waldbesitzer bezahlen lassen. Während noch nicht klar ist, welche Böden und welcher Bewuchs wie viel Kohlendioxid speichern, werden in lateinamerikanischen und südostasiatischen Regenwaldländern bereits REDD-Programme gestartet. Sie werden von Industrieländern und internationalen Organisationen finanziert. Sobald Tonnenpreise für gebunden bleibendes CO₂ errechnet werden, wird die internationale Debatte erst richtig losgehen. ■■■

Das große Interview

Pavan Sukhdev:

«Niemand will der Natur ein Preisschild umhängen»

Interview: Barbara Unmüßig

Pavan Sukhdev ist Leiter der → **TEEB-Studie**, die weltweit und im Vorfeld von Rio+20 eine hochkontroverse Debatte angestoßen hat. Sie plädiert für die ökonomische Bewertung von Ökodieleistungen der Natur – um sie vor weiterer Zerstörung zu bewahren. Im Gespräch mit Barbara Unmüßig äußert sich Sukhdev unter anderem zu dem Vorwurf, mit diesem Konzept der Kommerzialisierung von Natur Tür und Tor zu öffnen.

Barbara Unmüßig: Herr Sukhdev, im Kampf um den Schutz von Ökosystemen und Biodiversität war das → Millennium Ecosystem Assessment (MA) der Vereinten Nationen meiner Meinung nach ein Meilenstein. Die umfangreichen TEEB-Studien, die Sie geleitet haben, gehen in der ökonomischen Bewertung der Natur einen Schritt weiter. Können Sie uns erklären, warum Sie das für nötig halten?

Pavan Sukhdev: TEEB ist, wie Sie wissen, eine Gemeinschaft von vielen Experten, von Wirtschaftswissenschaftlern, Sozialanthropologen, Ökologen, Biologen, Politikern, Juristen und vielen anderen. Es ist eine echte Gemeinschaft, denn alle diese Experten teilen die Einschätzung, dass die mangelnde ökonomische Sichtbarkeit der Natur ein Problem ist und zu falschen Kompromissen und Entscheidungen führt – die ihrerseits wiederum falsche politische und geschäftliche Entscheidungen nach sich ziehen. Das Ergebnis ist die Zerstörung der Natur, von Ökosystemen, Ökosystemdienstleistungen und Biodiversität.

Ich hege Zweifel an dieser Analyse. Holz wird vermarktet, Wasser wird vermarktet, Biodiversität ist ein milliardenschwerer Markt, wenn es um



Pflanzen und Gene für pharmazeutische Produkte, Kosmetika und Lebensmittel geht. Die Natur wird in hohem Maße nutzbar gemacht und ist durchaus sichtbar.

Aber das gilt nicht für alle Ökosystemdienstleistungen und die ökonomischen Werte, die von ihnen erbracht werden – wie die Bodenbildung, die Bestäubung, die Bereitstellung von Trinkwasser, den Nährstoffkreislauf, den Schutz gegen Stürme und Zyklone. Diese Leistungen sind alle unsichtbar, aber wirtschaftlich von großem Wert, da es ohne sie überhaupt keine funktionierende Gesellschaft geben würde. Aber sie werden in politischen Prozessen nicht sichtbar gemacht. Heutzutage gewährleistet Wirtschaftlichkeit politisches Handeln, Entscheidungsträger kommen ins Straucheln, sobald man ihnen Argumente präsentiert, die wirtschaftlich nicht untermauert sind. Daraus folgt aber für uns nicht, dass wir der Natur jetzt ein Preisschild umhängen wollen. Wer das behauptet, versteht TEEB falsch.

Würden Sie beispielsweise empfehlen, die Natur ökonomisch zu bewerten und in die Berechnung des Bruttoinlandsprodukts einzubeziehen?

Nun, wir würden sicherlich gern darüber nachdenken, denn das würde den Entscheidungsträgern zeigen, dass es ein riesiger Irrtum ist anzunehmen, es gebe keine Ökosystemdienstleistungen. Sie können sogar 8, 10, 20, 40 Prozent vom Bruttoinlandsprodukt ausmachen. Möglicherweise aber könnten spezifische Messungen wichtiger sein, jene, die im Zusammenhang mit dem Bruttoinlandsprodukt der Armen stehen. Die Ergebnisse sind Aufsehen erregend, sie zeigen, wie sehr die Armen, die Bauern, die vom Wald abhängige

Das große Interview



Barbara Unmüßig Mitglied
des Vorstands der Heinrich-
Böll-Stiftung

«Warum haben Sie eigentlich so großes Vertrauen in marktbasierte Mechanismen? Und das gerade in einer Zeit, in der viele der Meinung sind, dass der (Finanz-)Markt oft selbst das Problem ist?» — Barbara Unmüßig

Bevölkerung auf Ökosystemdienstleistungen angewiesen sind. Wir haben für Indien – hauptsächlich in Bezug auf die Subsistenzwirtschaft – berechnet, dass diese Leistungen bei knapp 350 Millionen Bauern und Menschen, die vom Wald abhängen, die Grundlage für etwa die Hälfte ihrer Einnahmen bilden. In Indonesien kamen wir auf 75 Prozent. In Brasilien, wo 25 Millionen Menschen im Regenwald des Amazonas leben, machen sie fast 90 Prozent aus. Die Natur stellt also in den Entwicklungsländern zur Sicherung der Lebensgrundlage der Armen eine riesige Bandbreite an Leistungen zur Verfügung. Und dennoch erkennen wir ihre soziale und wirtschaftliche Bedeutung nicht an. Und genau das ist das Ziel von TEEB: den Wert von Ökosystemen in die Politik- und Geschäftssphäre zu tragen.

TEEB wird indes von einigen Regierungen vor allem Lateinamerikas und von zivilgesellschaftlichen Organisationen kritisiert. Sie befürchten, dass dieser Akt, die Natur mit einem Preis zu versehen, einer weiteren Monetarisierung und Finanzialisierung der Natur Tür und Tor öffnen könne. Und eben dies lehnen die Menschen ab, sie wollen das nicht. Was sagen Sie dazu?

Wir sprechen stets von Bewertung, nie davon, «die Natur mit einem Preis zu versehen». Wir wollen lediglich erreichen, dass die ökonomische Unsichtbarkeit der Natur von den Menschen verstanden wird und dass sie merken, wie wichtig es ist, die Werte von Ökosystemdienstleistungen zu erkennen, aufzuzeigen und in Entscheidungen zu integrieren. Wenn man sich beispielsweise anschaut, was in manchen «ALBA»-Staaten passiert, wird einem auffallen, dass es dort zur Zerstörung der Natur kommt, gerade weil dem Naturschutz kein ökonomischer Wert gegeben, die Natur stattdessen kommerziellen Interessen überlassen wird. Fakt ist: Vielerorts wird im Namen von «Entwicklungsmaßnahmen» die Natur zerstört und die Werte von Ökosystemdienstleistungen werden dabei in keiner Weise berücksichtigt – zum Beispiel die Fähigkeit des Regenwalds, die Regenmenge und die Landwirtschaft in Lateinamerika positiv zu beeinflussen. Wie kann das ethisch sein?

Was passiert, wenn es nicht gelingt, Ökosystemdienstleistungen profitabler zu machen als die Umwidmung von Land für landwirtschaftli-

che Nutzungen? Wie sieht Ihre Strategie dann aus? Der Weltbank zufolge sind Ölpalmen noch immer profitabler als der Schutz von Wäldern.

Die Leute, die diese sogenannte Rentabilität von Ölpalmen bestimmen, ziehen dabei nicht die Kosten in Betracht, die durch den Verlust der Wälder entstehen. Wir weisen darauf hin, dass man zwar die Schaffung von Finanzkapital zählen, aber die Zerstörung von Naturkapital nicht ignorieren kann. Wer die Schaffung von ganzheitlichem Wohlstand anstrebt, darf nicht nur den privaten Gewinn von Unternehmen, sondern sollte auch die öffentlichen Güter berücksichtigen, die zerstört wurden, um diese privaten Gewinne zu erwirtschaften.

Warum haben Sie eigentlich so großes Vertrauen in marktbasierte Mechanismen? Und das gerade in einer Zeit, in der viele der Meinung sind, dass der (Finanz-)Markt oft selbst das Problem ist? Möglicherweise könnte man Wälder viel besser durch den Stopp illegalen Holzhandels schützen, durch eine bessere Ausrüstung derjenigen, die die Wälder und die Natur schützen sollen. Dafür gibt es leider kein oder viel zu wenig Geld.

Märkte sind kein Allheilmittel. Märkte sind nicht dazu da, soziale Probleme zu lösen, und TEEB sagt sehr deutlich, dass viele Lösungen auf anderen Mechanismen wie Regulierung oder sozialen Normen basieren. Dies sind im Übrigen auch ökonomische Lösungen in dem Sinne, dass sie gesellschaftliche und ökonomische Werte erhalten, und zwar die Werte von Ökosystemdienstleistungen und Biodiversität. Wir wollen anregen, das Leben auf der Erde zu erhalten und damit auch die Lebensgrundlage der Menschen. Leider wird TEEB hier oft missverstanden.

Die Sorge der Menschen ist doch, dass man damit Privatunternehmen und Leute anzieht, deren wahre Interessen im Markt, im Handel und der Kommerzialisierung liegen. Hat die Geschichte nicht auch aufgezeigt, dass die Kommerzialisierung von Natur in den meisten Fällen zu Enteignung und Verdrängung der traditionellen Nutzer führt? Wie begegnen Sie dieser Sorge?

Die Sorge gibt es schon lange, und solche Dinge sind bereits passiert. In meinem Heimatland Indien gibt

Das große Interview



es eine britische Firma namens Vedanta Resources PLC, die meines Erachtens einige unmoralische Methoden angewendet hat, um die Genehmigung zu erhalten, in ein Gebiet einzudringen, das für mehrere Stämme dort als geheiliges Land gilt. Die Niyamgiri Hills in Orissa sind heilig für diese Gemeinschaften, ihr Wert ist insofern unendlich. Unternehmen wie Vedanta haben das System ausgenutzt. Es gibt eben keinen Mechanismus, um die Natur, die den Stammesangehörigen der Dongra Khond heilig ist, zu bewerten. Und das ist einer der Hauptgründe dafür, dass es schon zu so vielen Verlusten gekommen ist. Das ist nicht nur ein Problem in Indien, sondern weltweit.

Damit sind wir wieder bei der Politik. Lenkt TEEB nicht von der Verantwortung der Politik ab? Wie müsste sie Ihrer Meinung nach sicherstellen, dass die Bewertung der Natur nicht wieder die traditionellen Nutzer verdrängt?

Es gibt bereits Sicherungsmaßnahmen in mehreren Ländern, aber in den meisten Fällen sind diese nicht wirksam genug. Denn leider wird bei öffentlichen politischen Maßnahmen in erster Linie immer im Sinne der Steigerung des Bruttoinlandsprodukts argumentiert. Ich freue mich daher, dass ein entwickeltes Land wie Norwegen sich bereit erklärt hat, eine Milliarde Dollar zur Verfügung zu stellen, um die Waldrodungen in Indonesien einzudämmen, indem dort ein REDD+-Modell (→ S. 11) eingeführt



↑ Durch die Verträge der britischen Firma Vedanta Resources PLC wurde diese Frau und ihre Familie von ihrem ursprünglichen Lebensraum vertrieben. Vedanta betreibt den Abbau von Bauxit in den Niyamgiri Hills in Orissa, eine Region im Osten Indiens, die für die ansässigen Stämme heilig ist. Als Entschädigung schuf der Konzern eine alternative Behausung für die verdrängte Bevölkerung.

wird, ähnlich wie in Brasilien. Wir hoffen, dass sich dort etwas zum Positiven ändern wird, und tatsächlich hat die UN dort ein Büro namens UN ORCID (UN Office of REDD+-Coordination in Indonesia) eingerichtet, dessen Hauptaufgabe darin besteht, sicherzustellen, dass in Indonesien ein angemessenes, sorgfältig ausgearbeitetes REDD+-Modell etabliert wird – damit die Bewohner und traditionellen Nutzer der Wälder eine Gegenleistung erhalten für den Nutzen, den ihre Wälder für die ganze Welt erbringen, nämlich kohlenstoffhaltige Böden und CO₂-Speicherung. Es erfordert in der Tat einen großen Aufwand und wirtschaftliches Engagement, um einen Wandel herbeizuführen ... Sie sehen also, wenn Sie sagen, bei TEEB gehe es darum, die Natur zu Geld zu machen – es geht tatsächlich darum, diesen Prozess umzukehren.

Bei → REDD handelt es sich um den marktbasieren Mechanismus schlechthin, viele Hoffnungen werden in ihn gesetzt. Doch unseres Wissens leistet REDD nicht das, was viele davon erwarten. Um einen Markt für REDD zu schaffen, werden offenbar sehr komplexe Regeln und auf jeden Fall verbindliche und weitreichende Emissionsgrenzen für CO₂ benötigt. Worin sehen Sie die Gründe dafür, dass REDD bisher nicht richtig funktioniert?

Im Grunde liegt das an der Struktur des Mechanismus. Wenn wir über REDD+ reden, hört man üblicherweise, dass dieser Mechanismus überwiegend auf Kohlenstoff bezogen ist. Leider sind andere Ökosystemdienstleistungen aber manchmal noch wichtiger als Kohlenstoff. Die Fähigkeit des Waldes, Energieholz für die Gemeinden vor Ort zu liefern, für sauberes Wasser und Lebensmittel zu sorgen, etwa für die Bauern vor Ort in Brasilien, Indonesien oder Indien – diese Fähigkeiten des Waldes sind für die dort lebenden Menschen wichtiger als die Kohlenstoffumwandlung für die Welt. Ich glaube, dass für → REDD+ ein Modell erarbeitet werden muss, das von unten nach oben und nicht von oben nach unten funktioniert. Ich bin der Meinung, es muss mit der Bevölkerung beginnen, mit dem, was ihr wichtig ist an ihrem Ökosystem.

Ich fürchte allerdings, mit all diesen marktbasieren Ansätzen sprechen wir eher Leute an, die keinerlei Interesse an solchen «von unten nach oben»-Modellen haben. Es wäre

Das große Interview



«Ich meine, wir brauchen eine neue Art von Konzernen, ich nenne das »Corporation 2020«. Eine neue Art von Privatunternehmen, deren Ziele in Einklang mit den Zielen der Gesellschaft gebracht werden. Meiner Meinung nach haben wir dafür noch höchstens zehn Jahre Zeit.» — Pavan Sukhdev

Pavan Sukhdev Leiter der TEEB-Studie, studierte Physik und Ökonomie und ist Chef der Abteilung »globale Märkte« der Deutschen Bank Indien

Aufgabe der Politik – lokal und national –, die richtigen Rahmenbedingungen zu schaffen. Was würden Sie vorschlagen – als jemand, der für Mechanismen wie REDD+ und ihre Gestaltung zuständig ist?

Wir müssen sicherlich anerkennen, dass die Ökosystemdienstleistungen, von denen wir hier sprechen, nicht nur auf Kohlenstoff beschränkt sein dürfen. Die Fähigkeit der Wälder, eine Lebensgrundlage für Ortsansässige zu schaffen, ist viel wichtiger als Kohlenstoff, als der Schutz des eigenen Landes, als Geschäftsinteressen.

Die Finanzialisierung der Natur ist in aller Munde und empört viele Menschen. → Derivate sind ein Thema, viele Beispiele wie das des irischen Emissionshandelsunternehmens Celestial Venture zeigen, dass mehr und mehr Instrumente der Finanzmärkte eingesetzt werden, um Geld zu erwirtschaften und noch mehr auf die Natur zu spekulieren. Was sagen Sie zu dem Vorwurf, TEEB leiste dieser Entwicklung Vorschub?

Ich denke, es ist nun mal so, dass Geschäftsleute gerne nach breiteren Möglichkeiten suchen, Geld zu verdienen. Und sie werden jede Möglichkeit ergreifen, die sich ihnen bietet. Dabei handelt es sich aber, offen gesagt, um dieselben Leute, die seit hundert Jahren jede Möglichkeit ergriffen haben, Regierungsbeamte zu schmieren, in Gebiete von Stämmen einzudringen und sie zu zerstören, um Bergbau oder Holabbau zu betreiben. Daran hat sich nichts geändert.

Was schlagen Sie vor?

Ich meine, wir brauchen eine neue Art von Konzernen, ich nenne das »Corporation 2020«. Eine neue Art von Privatunternehmen, deren Ziele in Einklang mit den Zielen der Gesellschaft gebracht werden. Meiner Meinung nach haben wir dafür noch höchstens zehn Jahre Zeit. Ich glaube wirklich, das Jahr 2020 ist im wahrsten Sinne des Wortes unsere Deadline.

Noch mal: Für viele Menschen ist die Finanzialisierung der Natur stark mit TEEB und dem Konzept der ökonomischen Bewertung der Natur verbunden. Wie sagen Sie dazu?

Das Ziel von TEEB ist es, die leider oft zu wenig berücksichtigten Werte der Natur zu erkennen und entsprechend in Entscheidungen einzubeziehen. Es geht überhaupt nicht darum, der Natur ein Preisschild umzuhängen, das sind Worte, die wir in unserer Gruppe nie benutzen. Ich möchte all diesen Stimmen abschließend ein Beispiel geben: Wir haben festgestellt, dass sich der Schutz gegen Stürme und Wirbelstürme in Küstenregionen mit Mangroven als noch viel sinnvoller erweist, wenn man all die positiven Auswirkungen identifiziert, die diese Neupflanzungen haben. Ihr Wert ist viel höher als etwa der Wert einer Schutzmauer aus Beton: Mangroven tragen nämlich auch dazu bei, dass die Fischbestände sich erholen, was wiederum die Versorgung mit Nahrungsmitteln in schwierigen Zeiten sichert. Mangroven schaffen Brennholz, sorgen also für Energie in Zeiten von Energieknappheit. Dies hat also direkte Auswirkungen auf die Menschen. Ich nenne das Investition in die ökologische Infrastruktur, also Investition in die Natur. *To make poverty history, we must make nature our future!* ■■■

→ **Das Millennium Ecosystem Assessment (MA)** wurde von dem Generalsekretär der Vereinten Nationen Kofi Annan im Jahr 2001 in Auftrag gegeben. Bis 2005 erstellten 1360 Experten aus aller Welt eine wissenschaftliche Analyse über den Zustand und die Entwicklung des Ökosystems und seine Dienstleistungen. 60 Prozent oder 15 von 24 untersuchten Ökosystemdienstleistungen befanden sich in einem Zustand fortgeschrittener und/oder anhaltender Zerstörung. Die Experten legten auch eine wissenschaftliche Basis dafür, wie man sie stärken und bewahren kann.

→ **TEEB-Studie:** siehe Seite 7
→ **Derivate:** siehe Seite 11
→ **REDD:** siehe Seite 11
→ **REDD+:** siehe Seite 11

Paulo Moutinho:

«Ich habe große Hoffnungen»

Interview: **Thomas Fatheuer**

Paulo Moutinho vom Umweltforschungsinstitut Amazoniens, IPAM, ist einer der international profiliertesten Befürworter für Waldschutz durch ökonomische Instrumente. Er hat über zwanzig Jahre Forschungs- und Projekterfahrung in Amazonien und war in den vergangenen Jahren an der Ausarbeitung von REDD-Konzepten beteiligt.

Warum setzen Sie so große Hoffnungen darauf, dass REDD den Waldschutz einen großen Sprung nach vorne bringen kann?

Paulo Moutinho: Wir können heute die Aufgabe, die weltweiten CO₂-Emissionen signifikant zu reduzieren, nicht lösen, ohne einen Finanzierungsmechanismus zu schaffen, der den Waldschutz in die internationale Klimapolitik einbindet. Amazonien zeigt dies ganz deutlich. Auch nach zwanzig Jahren Anstrengungen kann der Wald bis heute ökonomisch nicht mit Viehweiden konkurrieren, und die sind hinsichtlich der CO₂-Speicherung nicht mal sehr produktiv. Und noch ein weiterer Punkt ist fundamental: REDD wird für eine Größenordnung konzipiert, die weit über einzelne, lokale Projekte hinausgeht. Wir brauchen einen Mechanismus, der große Waldgebiete schützt.

Ob dabei die Finanzierung über Marktmechanismen eine Rolle spielen soll – diese Frage gehört zu den heftig umstrittenen bei REDD. Sie persönlich befürworten eine Finanzierung durch Marktmechanismen. Warum?

Erst einmal möchte ich klarstellen, dass REDD ganz unterschiedlich finanziert werden kann. Der jüngste Vorschlag, den wir in Brasilien diskutieren, ist eine «grüne Steuer», die Mittel für einen Waldfonds aufbringen könnte, um REDD zu finanzieren. Etwas ganz anderes ist die Finanzierung über Marktmechanismen, die darauf beruhen, dass Verschmutzer in den Industrieländern ihre Emissionen durch den Kauf von Waldzertifikaten kompensieren können. Da muss man tatsächlich sehr vorsichtig sein, dass dies die Ziele, Emissionen zu reduzieren, nicht konterkariert.

REDD hat gerade in der Anfangsphase der Debatte, also in den Jahren 2007/2008, sehr große Hoffnungen geweckt. Die Zahlen, die genannt wurden, waren gewaltig. Heute macht sich nun eine gewisse Frustration breit, REDD scheint ein bisschen wie «Warten auf Godot».

Es stimmt, der Verhandlungsprozess ist sehr zäh. Aber es gibt doch eine Reihe von Ländern, und Brasilien gehört dazu, die auf nationaler Ebene Pläne diskutieren, wie diejenigen, die den Wald erhalten, Geld dafür bekommen können. Also in diesen nationalen Kontexten gibt es durchaus relevante Fortschritte. Und wenn wir da gute Beispiele von REDD entwickeln, dann können wir vielleicht auch international vorankommen. Ich habe da durchaus Hoffnung.

Wir erleben doch gerade eher eine Welle von vereinzelt REDD-Projekten, die über den freiwilligen Markt finanziert werden.

Also wenn irgendetwas die Idee von REDD ruiniert, dann sind es diese isolierten Projekte. Ich nenne sie «Hühnerkäfigprojekte», jeder in seinem Käfig. Viele dieser Projekte sind außerdem noch extrem schlecht. Was wir brauchen, ist ein nationaler Ansatz, um wirklich große Waldflächen zu schützen. Diese unkontrollierten Projekte können REDD so schaden, dass dabei die Idee verloren geht, einen ökonomischen Mechanismus für diejenigen zu schaffen, die den Wald effektiv erhalten.

Nach zwanzig Jahren Erfahrung in Amazonien kann ich ganz klar sagen: Gesetze und Kontrolle sind notwendig, aber sie reichen nicht aus. Wenn wir es nicht schaffen, einen ökonomischen Mechanismus zu etablieren, der diejenigen kompensiert, die den Wald erhalten, werden wir nicht erfolgreich sein. ■■■



Auch das Goldene Löwenäffchen, das hier die brasilianische 20-Reais-Note schmückt, ist von der Zerstörung des brasilianischen Regenwaldes betroffen; die vom Aussterben bedrohte Tierart siedelt nämlich ausschließlich in den Küstenwälderregionen Brasiliens.

Die Geschichte eines Modells, auf dem große Hoffnungen ruhen

Was ist REDD?

Von **Dietmar Bartz**

Auf Forschergruppen in Einrichtungen wie dem Environmental Defense Fund (EDF) in den USA und dem Amazonas-Institut IPAM in Brasilien geht der Vorstoß zurück,

- CO₂-Emissionen mit der Speicherkapazität von Wäldern zu kompensieren,
- die Verschmutzer aus den Industrieländern sowohl für die natürlichen CO₂-Speicher zahlen zu lassen als auch für den aktiven Erhalt und Schutz der Wälder,
- dies in einem neuen Klimaschutzprogramm zu verankern.

International vorgestellt wurde das Konzept 2005 auf dem Weltklimagipfel in Montreal (COP 11), dem 11. Treffen der Vertragsstaaten (Conference of the Parties) des Rahmenübereinkommens der Vereinten Nationen über Klimaänderungen (United Nations Framework Convention on Climate Change, UNFCCC); unter Klimaschützern heißt die alljährliche COP auch Conference of the Polluters, Konferenz der Verschmutzer.

REDD+

Vor allem Margaret Skutsch, britische Hochschullehrerin an der niederländischen Universität Twente, popularisierte im Jahr 2006 in mehreren Veröffentlichungen über indonesische Regenwälder die heute dafür übliche Formel Reducing Emissions from Deforestation and Forest Degra-

dation (REDD). Das Konzept nahm schnell seinen Weg durch die globalen Institutionen. Ernsthaft diskutiert wurde es im Dezember 2007 auf dem Weltklimagipfel von Bali in Indonesien (COP 13). Im September 2008 präsentierten die Vereinten Nationen und Norwegen bereits ein gemeinsames REDD-Aktionsprogramm. Auf dem Gipfel von Kopenhagen im Jahr 2009 (COP 15) etablierte sich REDD+, das nicht nur auf den Stopp der Zerstörung von Wäldern, sondern auf ihre Bewahrung und Anreicherung abzielt.

2010 wurde es ernst: Nach einer Konferenz in Oslo beschloss der Gipfel von Cancún (COP-16), REDD+ in Schritten einzuführen. Das Konzept sollte allerdings zunächst mit den nationalen Waldnutzungen (Land use, land use change and forestry, LULUCF) harmonisiert werden, und auch die wirtschaftlichen Ziele und damit die Finanzierung sollten genauer geprüft werden. Die Debatte um die zahlreichen unklaren Details – die Rolle der nationalen Regierungen, die Rechte der traditionellen Waldnutzer, die Definitionen von Wald und Plantage – auf dem Gipfel von Durban 2011 (COP 17) führte zu Arbeitsaufträgen, die auf dem Gipfel von Doha (COP 18) ab Ende November 2012 zu neuen Beschlüssen führen sollen, insbesondere über die Systematik, mit der die Höhe von Speicherleistungen und die dafür angemessene Vergütung errechnet werden.

Die Finanzierung

Bis Ende 2012 werden auch viele der in Cancún vereinbarten «REDD+ readiness programmes» abgeschlossen, bei denen es um die rechtlichen, umweltpolitischen und statistischen Rahmenbedingungen geht. Diese «readiness programmes» werden von der Forest Carbon Partnership Facility (FCPF) finanziert. Die «Fazilität», seit 2008 aktiv, ist bei der Weltbank angesiedelt. Derzeit (Frühjahr 2012) nehmen 37 Länder teil; manche sind im Abarbeiten der nötigen Punkte weit fortgeschritten, andere sind soeben aufgenommen worden. Der zweite große multilaterale Geldgeber neben der FCPF ist ein Fonds bei den Vereinten Nationen mit Schwerpunkt auf der nationalen Ebene, das UN REDD programme. Es finanziert derzeit 16 Länderprogramme.

Noch sind keine REDD+-Projekte direkt aus den Vorarbeiten von FCPF und UN REDD entstanden. Allerdings gibt es eine Vielzahl von Vorhaben, die «nach dem REDD-Prinzip» funktionieren sollen. Die Bezeichnung ist nicht geschützt, nicht standardisiert und selbst in Behörden und Organisationen manchmal nur eine Bezeichnung für das bloße Prinzip, CO₂-Emissionen mit Walderhalt zu verrechnen.

Das Beispiel der Munduruku-Indianer

Bekannt geworden ist der Versuch der irischen Firma Celestial Green Ventures, sich die Rechte an einer Fläche von 2,4 Millionen Hektar Regenwald in Brasilien zu sichern und dafür den 13 000 Munduruku-Indianern 30 Jahre lang jährlich vier Millionen US-Dollar zu zahlen, also insgesamt 120 Millionen Dollar. Wieviel CO₂ in diesen Wäldern gebunden ist, wollte sich Celestial durch die Zertifizierungsfirma ECO bestätigen lassen, die unter der gleichen Adresse firmiert wie der Celestial-Finanzchef Dieter Huhn. Bei sehr konservativ gerechneten 200 Tonnen gespeichertem CO₂ pro Hektar und einem Handelswert von 10 Dollar pro Tonne CO₂ hätte sich ein Verkaufswert von mindestens 4,8 Milliarden Dollar ergeben. Auch der 2,5fache Betrag wäre denkbar gewesen. Hätte, wäre – die brasilianische Indianerbehörde FUNAI hat solche Verträge im März 2012 für ungültig erklärt.

← Auch Guyana kämpft um den Erhalt seines Urwaldes und hat ein REDD-Abkommen mit Norwegen geschlossen.
(vgl. www.redd-monitor.org/)





Statt auf den Markt zu warten, wäre es für den Schutz des Waldes wohl besser, REDD als «big idea» zu begraben und sich auf die vielen Ansätze zu besinnen, die bisher erfolgreich waren.

Praktisch nicht machbar

Der Kommentar von **Thomas Fatheuer**

Entwaldung verursacht Emissionen von Kohlendioxid – Schätzungen zufolge etwa 15 bis 20 Prozent der weltweiten: Diese eigentlich alte Erkenntnis hat seit dem Stern-Report (2006) eine neue Konjunktur erlebt. Der Entwaldung Einhalt zu gebieten – das galt von nun an als ein Königsweg in der globalen Klimapolitik. Sie ist preiswert, relativ schnell umzusetzen, so das Kalkül, und gerät nicht in einen Interessenskonflikt mit den Ambitionen der aufstrebenden Industriegroßmächte Indien und China. Auf der Klimakonferenz in Bali 2007 wurde die Reduzierung der Emissionen aus Entwaldung ein wichtiger Bestandteil der offiziellen Klimaverhandlungen. Die Abkürzung REDD («Reduzierung der Emissionen aus Entwaldung und Degradation») war geboren und begann ihre rasche Karriere.

REDD hat Erwartungen geweckt, nicht zuletzt bei indigenen und Nichtregierungsorganisationen in Brasilien. Für die Befürworter ist REDD eine einmalige Chance, eine ökonomische Basis für den Waldschutz zu schaffen. Laut Paulo Moutinho vom Umweltforschungsinstitut Amazoniens (IPAM) hat das im brasilianischen Amazonaswald gespeicherte Kohlendioxid einen Wert von 500 Milliarden US-Dollar. Waldschutz könnte so mehr einbringen als die Umwandlung des Waldes in Anbauflächen für Viehweiden, gar mehr als alle Entwicklungshilfegelder, die in den vergangenen Jahrzehnten nach Brasilien flossen.

Trotz dieser großen Hoffnungen ist REDD aber zu einem Streit- und Reizthema geworden. Um die Gelder zu mobilisieren, müssten die CO₂-Einsparungen in einen internationalen Emissionsmarkt integriert werden. Dann könnten große Emittenten in den Industrieländern ihre Ausstöße durch den Kauf von Waldzertifikaten kompensieren. Ein derartiger Mechanismus wird als off set bezeichnet. Kritik daran aber kommt zum einen von der Klima-Community. Die befürchtet, dass die Integration von Waldzertifikaten in einen globalen Emissionsmarkt die Redukti-

onsziele im Norden verwässern kann. Zum anderen geben indigene Völker und NGOs im Süden zu bedenken, dass die durch REDD intendierte Inwertsetzung von Wäldern gerade den traditionellen Nutzern und Bewahrern der Wälder schaden könnte. Wälder würden zum Objekt der Finanzspekulation – mit unabsehbaren Folgen für die lokalen Gemeinschaften.

Kritisiert wird auch, dass bei dem Fokus auf die Reduzierung von Entwaldung diejenigen, die den Wald erhalten haben (wie indigene Völker), leer ausgehen. Mittlerweile wird die Bewahrung von Wäldern explizit als Teil eines erweiterten REDD+-Ansatzes gesehen.

Der erregte Streit um REDD und die zögerliche Umsetzung machen klar, dass Waldschutz kein einfacher und billiger Königsweg ist. Die Einrichtung eines globalen CO₂-Markts, der reduzierte Entwaldung einschließt, ist offensichtlich kompliziert. Die Idee, dass Waldschutz durch den CO₂-Handel zu einem lohnenden Geschäft wird, ist nicht leicht in die Praxis zu überführen. Nur wenn ein globales Abkommen verbindliche Reduktionen für CO₂-Emissionen festlegt, könnten Anreize für den Kauf von Waldzertifikaten geschaffen werden. Ein solches Abkommen ist nicht in Sicht.

Statt auf Godot und den Markt zu warten, wäre es für den Waldschutz wohl besser, REDD als «big idea» zu begraben und sich auf die vielfältigen Ansätze zu besinnen, die Erfolge gezeigt haben: Sicherung von Rechten traditioneller Nutzer und indigener Bevölkerung, Einrichtung von Schutzgebieten unter Beteiligung der lokalen Bevölkerung und stärkere Kontrolle illegaler Entwaldung. Dabei können Transferleistungen für Waldschutz eine Rolle spielen, werden aber wohl in absehbarer Zeit vorwiegend aus öffentlichen Mitteln bezahlt werden müssen. Magische Lösungen durch Marktmechanismen sind jedenfalls nicht zu erwarten – oder könnten sich zu einem Alptraum entwickeln. ■■■

Grüne Ökonomie kontrovers

Jürgen Maier vom Forum Umwelt & Entwicklung gehört zu denen, die bei allen Bedenken ermuntern, sich an der Debatte zu beteiligen.

Zwischen Hoffnung ...

Kritik an Rio+20 kommt im Vorfeld von vielen Seiten – und aus sehr unterschiedlichen Gründen. Die einen sehen hinter dem Konzept der Grünen Ökonomie nicht viel mehr als bloße Worthülsen und Willensbekundungen und verbinden mit Rio+20 deshalb allenfalls zögerliche Hoffnungen. Andere hingegen – vor allem Stimmen aus Lateinamerika – fürchten den neuen Diskurs, sehen fatale Folgen und lehnen das Konzept der Grünen Ökonomie und Rio+20 strikt ab.

Im Jahre 1992 beschlossen die Regierungen der Welt »nachhaltige Entwicklung« als neues Entwicklungsmodell, mit dem Armut überwunden und gleichzeitig der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen gewährleistet werden sollte. Die Definition blieb vage, selbst Atomkraft und Gentechnik wurden nicht ausgeschlossen, Wirtschaftswachstum unkritisch glorifiziert, und nur mit dieser gewissen Beliebigkeit konnte die Idee im Konsens beschlossen werden. Kurz darauf, 1995, wurde die Welthandelsorganisation WTO gegründet. Freihandel und Profitmaximierung über alles hieß jetzt die Devise, Nachhaltigkeit verkümmerte zur Worthülse der internationalen Politik. Heute ist die WTO in ihrer tiefsten Krise, das neoliberale Modell ist gründlich delegitimiert.

Die Suche nach Wegen aus der Wachstumsfalle, aus der Konsumfixierung, nach wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Alternativen, nach einer Post-Wachstums-Ökonomie stößt inzwischen auf breite Zustimmung. Diese Diskussionen werden keineswegs nur in Europa geführt. 16 asiatische Wissenschaftsakademien unter Führung der chinesischen haben letztes Jahr einen Bericht vorgelegt, dessen Kernaussage ist: Asiens aufstrebende Volkswirtschaften müssen ihre Abhängigkeit vom ständig wachsenden Verbrauch knapp werdender Rohstoffe beenden, sie brauchen ein neues Entwicklungsmodell, »das grün, kohlenstoffarm, intelligent, innovativ, koope-

rativ und inklusiv ist«. Grüne Ökonomie, quasi ein Sachzwang, als Voraussetzung für wirtschaftlichen Erfolg, um den es in China und den anderen Nationen Asiens in allererster Linie geht. In Lateinamerika hat die Idee des »Buen Vivir« Konjunktur: Gutes Leben bedeutet in diesem Kontext mehr als wirtschaftliches Wachstum und materiellem Wohlstand.

Alles das wird in Rio nur sehr verdünnt ankommen, jedenfalls in der offiziellen Gipfelkonferenz. Kein Wunder, dass so richtige Aufbruchstimmung nicht aufkommen will und gerade im Gastgeberland Brasilien die Zivilgesellschaft dem offiziellen Gipfel höchst kritisch gegenübersteht. Es geht aber nicht darum, vom Rio-Gipfel Wunderdinge zu erwarten, sondern es geht um die Meinungsführerschaft in der unausweichlichen Debatte, wie Ökonomie und Ökologie zusammengebracht werden. Wollen wir immer nur jammern über die tatsächliche oder vermeintliche Greenwashing-Agenda »der Wirtschaft«, oder wollen wir die öffentliche Debatte bestimmen?

Vielen Akteuren geht es bei der Debatte natürlich um nichts anderes als ein grünes Mäntelchen für business as usual. Aber natürlich ist das im Jahre 2012 nicht mehr das business as usual des Jahres 1992. Wir sind heute schon viel weiter – 1992 haben wir über viele Dinge im Konjunktiv geredet, die heute längst Realität sind. Das fiel nicht vom Himmel, sondern ist auch das Ergebnis harter Arbeit von NGOs und sozialen Bewe-

gungen weltweit und vieler gesellschaftlicher Konflikte. Die Zivilgesellschaft wird in eine Sackgasse geraten, wenn wir diesen Diskurs nur abtun als »greenwashing« und die Diskussion dann anderen überlassen.

Der Diskurs um die grüne Wirtschaft ist der zentrale innenpolitische Diskurs in Deutschland, den wir in den nächsten Jahren führen werden und der auch den Bundestagswahlkampf bestimmen wird. Man wird das anders nennen, in den Wahlprogrammen heißt das die »ökologische Modernisierung der Industriegesellschaft« oder »Green New Deal«, und mittlerweile taucht schon die Green Economy selbst in Wahlprogrammen auf. Aber es geht nicht um den Begriff, sondern darum, wie wir ihn mit Inhalten füllen – kurzum, es geht nicht mehr um das Ob einer grüneren Wirtschaft, sondern um das Wie. Wer sich aus der Kontroverse verabschiedet, überlässt anderen die Politik.

Jürgen Maier ist seit 1996 Geschäftsführer des Forums Umwelt & Entwicklung und intensiv am Rio-Folgeprozess beteiligt. Er war 1993–1996 Geschäftsführer der Asienstiftung Essen und 1987–1991 Bundesvorstandsmitglied der Grünen.

Grüne Ökonomie kontrovers

Thomas Fatheuer von der Heinrich-Böll-Stiftung fasst die kritischen Stimmen aus Lateinamerika zusammen.

und Furcht

Grüne Ökonomie oder Greenwashing? so lautet ein typischer Titel, wie er derzeit über Kommentaren über die Erwartungen an die Rio+20-Konferenz zu finden ist.

Das kommt nicht von ungefähr: Viele NGOs und Beobachter befürchten, dass die Ergebnisse in Rio, selbst wenn man die Erwartungen an UN-Prozesse schon herunterschraubt, allzu dünn ausfallen. Im Mittelpunkt von Rio, so die Kritik, würden nicht konkrete Aktionspläne stehen, sondern ein neues Leitbild: die Grüne Ökonomie. Sie fragen sich: Ist dies wirklich ein Fortschritt gegenüber der Idee der Nachhaltigen Entwicklung oder nicht vielmehr eine Verwässerung? Fest steht jedenfalls, dass der Vorschlag der Grünen Ökonomie, wie er vom Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) vorgelegt wurde, mit großen Versprechungen nicht geizt: Nur zwei Prozent der weltweiten Wirtschaftsleistungen müssten umgeleitet werden, so heißt es, um schöne, grüne Zeiten zu ermöglichen. Alle würden dabei gewinnen, und es würde sogar ein größeres Wachstum möglich sein als in der traditionellen Ökonomie.

Kein Wunder, dass bei der Darstellung einer derartig konfliktfreien Win-win-Situation so manchem der Glaube fehlt. UNEP musste sich auch schon mehr als einmal den Vorwurf gefallen lassen, die konzeptionellen Bretter für eine globale Umgestaltung zu dünn zu bohren und Konfliktfeldern auszuweichen. Viele fühlen sich an Hamlets «words, words, words» erinnert: Die UNEP produziere Sprechblasen ohne große Folgen.

Aber es kommt auch Kritik aus einer ganz anderen Richtung: Diese Stimmen sehen in der Grünen Ökonomie weniger die Gefahr des Greenwashing, sie beklagen auch nicht die unerträgliche Leichtigkeit der Diskurse: Sie nehmen das Konzept sehr ernst und als eine große Bedrohung wahr. «Getarnt als eine Umweltagenda bringt Rio+20 in Wahrheit eine sehr wichtige politische Agenda. Die «Grüne Ökonomie» besteht darin, alle

Komponenten der Natur zu kommodifizieren, sprich in handelbare Waren zu verwandeln», erklärt Lucia Ortiz, Sprecherin von Friends of the Earth Brasilien. Für Camilla Moreno, Programmkoordinatorin der Heinrich-Böll-Stiftung Brasilien, soll in Rio eine neue große Erzählung des Kapitalismus begründet werden. Ihr zufolge wird im Konzept der Grünen Ökonomie Natur als Kapitalstock («Naturkapital») definiert und so der Finanzialisierung der Natur Tor und Tür geöffnet. Dem Finanzkapital erschließe sich ein ganz neuer Markt der «Ökosystemdienstleistungen». Das Konzept der Grünen Ökonomie, wie es von UNEP vorgestellt wird, wolle die Umweltkrise lösen, indem es einen Preis für Verschmutzung etabliere, etwa nach dem Muster des Emissionshandels, so die Kritik von Moreno. Sie bescheinigt dieser «vereinigenden Erzählung» bereits einen großen Einfluss bei der Rationalisierung der Wirtschaft in Richtung CO₂-Reduktion und der Erschließung neuer Märkte. Grüne Ökonomie wäre danach auch ein neues Machtprogramm, es könnte die Eigentumsrechte indigener und traditioneller Völker durch Finanzmarktinstrumente verdrängen. Vor diesem Hintergrund bezeichnete der in Lateinamerika einflussreiche Intellektuelle Edgar Lander die grüne Ökonomie als «Wolf im Schafspelz».

Diese Kritik tut die Grüne Ökonomie keineswegs nur als Greenwashing ab, vielmehr wird gerade gefürchtet, dass das Konzept Wirkung zeigt: Grüne Ökonomie wäre somit das Programm einer realen, weitreichenden und gefährlichen Transformation.

Aus einer derartigen Perspektive erscheint Rio+20 nicht als ein Hoffnungsträger, sondern als eine Gefahr. Gerade formiert sich das große Parallelevent der Zivilgesellschaft, der «Peoples Summit», als ausdrückliche Gegenveranstaltung zu Rio+20. Auf dem «Peoples Summit» sollen auch «Alternativen der Völker» vorgestellt werden: etwa die Erfahrungen selbstverwalteter Territorien indigener Völker in Lateinamerika oder Initiativen einer «solidarischen Ökonomie». Ein Dialog zwischen diesen Vorschlägen und dem Konzept der Grünen Ökonomie ist bisher nicht in Sicht. ■■

Thomas Fatheuer hat von 2003 bis 2010 das Brasilien-Büro der Heinrich-Böll-Stiftung geleitet. Er lebt zur Zeit als freier Autor in Berlin und berät die Stiftung im Themenbereich Wald – Klima – Biodiversität.

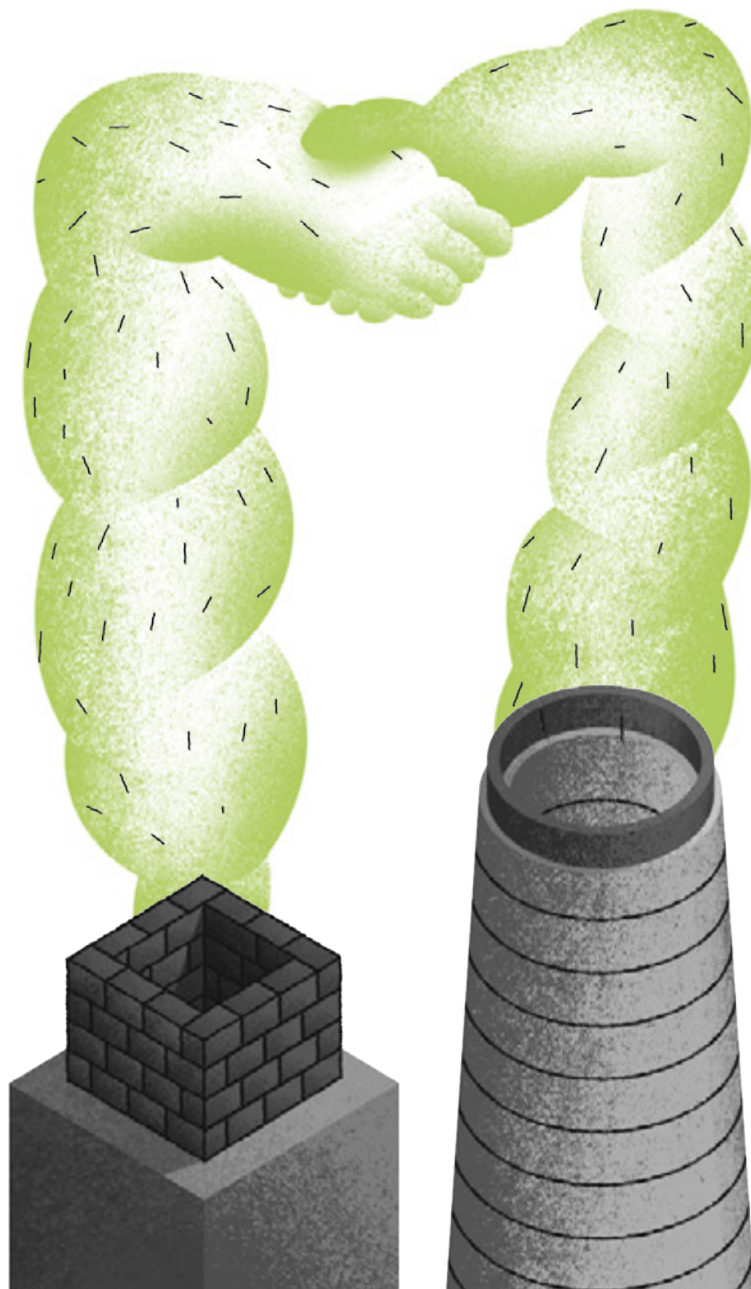


NO MORE
POVERTY

Emissionshandel

Der Handel mit den CO₂-Zertifikaten. Kommerz oder Königsweg?

Der Deal mit dem Dreck



Von **Tilman Santarius** und **Wolfgang Sterk**

Emissionshandel

Bei kaum einem Instrument der Umweltpolitik gehen die Meinungen so stark auseinander wie beim Emissionshandel. Von manchen wird er als Königsweg zur Bekämpfung des Klimawandels betrachtet. Andere sehen ihn als Ausdruck dessen, dass der Teufel mit dem Beelzebub ausgetrieben werden soll. Schließlich könne dieses marktwirtschaftliche Instrument nicht den «Klimawandel als das größte Marktversagen der Geschichte» (Sir Nicholas Stern) lösen. Doch ob es auch Farben und Grautöne jenseits der Schwarz-Weiß-Malerei gibt, hängt nicht nur von der Perspektive ab, mit der das Instrument des Emissionshandels beleuchtet wird, sondern auch davon, wie hell die Köpfe sind, die ihn konkret umsetzen.

Der Emissionshandel wurde mit dem Kyoto-Protokoll 1997 auf internationaler Ebene beschlossen und 2005 in der Europäischen Union als unternehmensbasierter Handel eingeführt. Die Befürworter feiern diese beiden Daten als Meilensteine im Klimaschutz. Sie heben hervor, dass mit dem Emissionshandel eine absolute Grenze auf den Ausstoß von Treibhausgasen gesetzt wird; dies biete die Chance, ökologische Ziele treffsicher zu erreichen. Seien die Emissionen einmal gedeckelt, wird Ländern, Unternehmen oder Kommunen größtmögliche Flexibilität überlassen, wie sie die Grenze einhalten; das umgehe bürokratische Top-down- und pauschale One-size-fits-all-Lösungen.

Kann eine schlechte Sache ein «Gut» sein?

Die Gegner des Emissionshandels kritisieren zum einen, dass es widersinnig sei, eine an sich schlechte Sache – die Luftverschmutzung durch Treibhausgase – in ein handelbares «Gut» umzuwandeln. Sobald Länder oder Unternehmen ein Emissionszertifikat erhielten, würden sie praktisch ein «Recht auf Treibhausgasemissionen» eingeräumt bekommen. Es könne aber kein Recht darauf geben, das Klimasystem der Erde zu stören. Diese zunächst einleuchtend klingende Argumentation unterschlägt allerdings, dass Unternehmen bereits vor Einführung eines Emissionshandels bereits ein Quasirecht, mithin ein Gewohnheitsrecht, genießen, zu emittieren.

Genau deswegen haben Juristen und Ökonomen über Jahre debattiert, ob ein Emissionshandel überhaupt verfassungskonform sei, da er Gewohnheitsrecht aushebele und abrupt die rechtlichen Rahmenbedingungen ändere – ganz so, «als würden Grundstücke (und nur diese) meistbietend versteigert, auf denen bereits Eigenheime stehen». Da nach Einführung des Emissionshandels niemand mehr emittieren darf, der kein Zertifikat vorweisen kann, ermöglicht die Änderung der rechtlichen Rahmenbedingungen es dem Staat sogar, Unternehmen die Fortsetzung der Produktion zu untersagen. Das Argument, ein Emissionshandel verbessere die rechtlichen Rahmenbedingungen eines ausbeuterischen Kapitalismus, erscheint daher wenig schlüssig.

Das Geschäft mit dem Klimaschutz

Die Gegner kritisieren zum anderen, dass sich rund um den Handel mit Zertifikaten ein ganz neuer Markt entwickle, der mit Klimaschutz Profit machen möchte. Tatsächlich haben sich seit Einführung des Emissionshandels zahlreiche Start-ups, Agenturen und Beratungsdienste gebildet – Entwickler von Klimaschutzprojekten, Zertifizierer, Börsenhändler und Spekulanten –, die allesamt am Geschäft des Emissionshandels verdienen und die allesamt ihren Verdienst erneut in den Kreislauf von Produktion und

«Vor einigen Jahren kaufte Japan im großen Stil Emissionszertifikate aus der Ukraine. Die japanische Regierung hatte es vorgezogen, sich von einem Teil ihrer Klimaschutzverpflichtungen durch überschüssige Zertifikate aus Osteuropa freizukaufen, anstatt im eigenen Land strengere Politiken einzuführen. So tauscht der zwischenstaatliche Emissionshandel letztlich das Marktversagen gegen ein Staatsversagen aus.»

Konsum einspeisen. Das Ziel, die Treibhausgase tatsächlich zu reduzieren, kann durch solche Rückkopplungseffekte («Rebound-Effekte») konterkariert werden.

Wie sehr die Einführung eines Emissionshandels tatsächlich zur «Dekarbonisierung» der Wirtschaft beitragen kann, hängt wesentlich davon ab, wie er konkret ausgestaltet wird. Dabei muss zwischen dem internationalen, zwischenstaatlichen Emissionshandel des Kyoto-Protokolls und dem unternehmensbasierten Emissionshandel der EU unterschieden werden: Beim zwischenstaatlichen Emissionshandel sind Regierungen Handelspartner. Aber selten werden Regierungen in einem transparenten, offenen Handel miteinander ins Geschäft kommen, in dem die Effizienz der Märkte zur Geltung kommt, sondern in verschlossenen Hinterzimmern. So beispielsweise, als Japan vor einigen Jahren im großen Stil Emissionszertifikate aus der Ukraine kaufte. Die japanische Regierung hatte es vorgezogen, sich von einem Teil ihrer Klimaschutzverpflichtungen durch überschüssige Zertifikate aus Osteuropa freizukaufen, anstatt im eigenen Land strengere Politiken einzuführen. So tauscht der zwischenstaatliche Emissionshandel letztlich das Marktversagen gegen ein Staats-



Emissionshandel

Das Kyoto-Protokoll sieht auch den projekt-basierten Handel von Zertifikaten (Clean Development Mechanism; CDM) vor. Allerdings wird dabei nicht mit einer festgelegten Menge von Zertifikaten gehandelt, sondern für die jeweiligen Projekte werden neue Zertifikate ausgestellt. Hierfür werden die tatsächlichen Emissionen eines CDM-Projekts mit einer hypothetischen Referenzsituation verglichen, die prognostiziert, was passiert wäre, wenn es den finanziellen Anreiz der CDM-Zertifikate nicht gegeben hätte. Etwa: Wie viel Emissionen mehr wären angefallen, wenn statt der Windräder aus dem CDM-Projekt ein neues Kohlekraftwerk gebaut worden wäre? Allerdings ist dieser hypothetische Vergleich mit großen Unsicherheiten verbunden. Zahlreiche Studien legen nahe, dass viele CDM-Projekte auch ohne den Anreiz der Zertifikate realisiert worden wären. In diesen Fällen sticht die Finanzialisierung der Natur den Schutz der Natur.

Staatsversagen, Marktversagen

Der theoretische Vorteil der »ökologischen Treffsicherheit« des absoluten Emissionsziels, den Befürworter hervorheben, krankt in der Praxis oft am mangelnden politischen Willen der Regierungen, wirklich einschneidende Emissionsgrenzen zu setzen. Im Kyoto-Protokoll wurden den mittel- und osteuropäischen Transformationsstaaten erhebliche Mengen an überschüssigen Emissionsrechten zugestanden, um ihre Zustimmung zum Protokoll zu erwirken. Auch im EU-Emissionshandel gab es in sechs der sieben Jahre seines Bestehens bisher einen Überschuss an Zertifikaten. Im Ergebnis ging der Preis der Zertifikate bereits gegen Ende der ersten Handelsperiode im Jahr 2007 gegen Null.

Trotzdem hätten die Regierungen die Unternehmen für die zweite Handelsperiode 2008 bis 2012 erneut großzügig mit Zertifikaten ausgestattet, wenn nicht die europäische Kommission eingeschritten wäre und scharfe Einschnitte verordnet hätte. Im Jahr 2008 waren die Zertifikate zum ersten Mal wirklich knapp und ihr Preis kletterte vorübergehend auf um die 30 Euro: ein echtes Druckmittel für die Wirtschaft, tatsächlich in die Dekarbonisierung zu investieren.

Mit der Finanzkrise zeigte sich eine weitere Achillesferse des Instruments. In jedem Markt reagieren Angebot und Nachfrage aufeinander, im EU-Emissionshandel ist das Angebot an Zertifikaten statisch festgelegt. Als mit der Finanzkrise die wirtschaftliche Produktion zurückging, brach auch die Nachfrage nach Zertifikaten ein. Es kam erneut zu Angebotsüberschuss und Preisverfall. Der Ausbau der erneuerbaren Energien hatte sich außerdem deutlich schneller entwickelt; selbst in Deutschland fielen die Emissionen im Jahr 2011 trotz starken Wirtschaftswachstums und Atomausstieg um 1 Prozent im Vergleich zum Jahr 2010. Wieder brach der Zertifikats-

preis ein und beträgt derzeit nur noch rund 5 Euro je Tonne CO₂.

Subventionsmaschine in Milliardenhöhe

Ein weiteres Problem ist, dass bisher die Zertifikate größtenteils kostenlos ausgegeben worden sind. Wie im Kyoto-Protokoll war hier das Kalkül, die Verschmutzer nur durch Zugeständnisse mit ins Boot holen zu können. Allerdings preisen die Unternehmen den Wert der Zertifikate in ihre Produkte ein. Betriebswirtschaftlich ist dies auch korrekt, denn anstatt Güter zu produzieren und damit die Zertifikate zu »gebrauchen«, könnten sie die Zertifikate ja auch verkaufen. Der Eigengebrauch der Zertifikate – ihre Vorlage beim Emissionsregister zur Legitimierung der erzeugten Emissionen – geht also mit so genannten Opportunitätskosten für die Unternehmen einher, die sie in ihrer Bilanz berücksichtigen müssen.

Allerdings erzielen die Unternehmen damit ein Einkommen in Milliardenhöhe, für das sie keine Leistung erbracht haben und mit dem sie wiederum verstärkt investieren und den Wirtschaftskreislauf anheizen können. Hier haben sich die Regierungen allerdings als lernfähig erwiesen: Von 2013 an wird die Mehrheit der Zertifikate versteigert, und dieser Anteil soll bis 2020 auf nahezu 100 Prozent anwachsen. Immerhin werden dann jedenfalls die Unternehmen am Emissionshandel nicht mehr verdienen.

Die derzeitigen Emissionshandelssysteme sind sicher noch nicht der Königsweg zur Lösung der Klimakrise. Ebenso wenig aber sind sie als Motor des weiteren ausbeuterischen Kapitalismus zu verteufeln. Das pauschale Argument wider die Inwertsetzung beziehungsweise Finanzialisierung der Natur löst sich auf im konkreten politischen Machtkampf um die richtigen Maßnahmen gegen den Klimawandel und ihre konkrete Umsetzung. Egal, ob marktwirtschaftlicher Emissionshandel auf der einen Seite oder interventionistische Ge- und Verbote auf der anderen: Zivilgesellschaftliche Akteure werden fortwährend dafür kämpfen müssen, dass der Klimaschutz nicht den Interessen des Kommerz unterliegt. ■■■

Tilman Santarius ist Vorstandsmitglied bei German-watch e.V. Von 2001 bis 2009 hat er am Wuppertal Institut geforscht, von 2009 bis 2011 die Klimaaarbeit bei der Heinrich-Böll-Stiftung geleitet. Er ist Ko-Autor mehrerer Bücher und hat zahlreiche Artikel zu den Themen Klimapolitik, Handelspolitik, Globalisierung und Gerechtigkeit publiziert, die auf der Webseite www.santarius.de abrufbar sind.

Wolfgang Sterk ist seit 2002 am Wuppertal Institut tätig. Sein Arbeitsschwerpunkt liegt auf dem Design des zukünftigen internationalen Klimaregimes, der Entwicklung marktbasierter Klimapolitikinstrumente, insbesondere der flexiblen Mechanismen des Kyoto-Protokolls und des EU-Emissionshandels sowie national angemessener Minderungsmaßnahmen der Entwicklungsländer (NAMAs).

Care-Economy

Nicht jede soziale Leistung kann wie eine Ware gehandelt werden. Wer die bisher überwiegend von Frauen geleistete Sorgearbeit für Menschen und die Umwelt tatsächlich aufwerten will, muss zuallererst die Arbeit zwischen den Geschlechtern neu verteilen.

Wo hört die Arbeit auf? Wo fängt die Liebe an?

Von Christa Wichterich

Es ist eine Gretchenfrage des westlichen Feminismus, wie die unbezahlt und überwiegend von Frauen geleistete Sorgearbeit aufgewertet werden kann. Die Ökonomie zählt nur die geldentlohnte marktförmige Arbeit als produktiv und wertschöpfend. Haus- und Familienarbeit, Sorge für Mensch und Natur, Subsistenz- und Reproduktionsarbeiten gelten als unproduktiv und außerökonomisch. Der kapitalistische Markt externalisiert diese Tätigkeiten, um Kosten zu sparen, und überlässt sie der Privatsphäre oder den lokalen Gemeinschaften, wo sie ebenso geringgeschätzt werden wie diejenigen, die sie verrichten – meist Frauen.

Mariarosa Dalla Costa und Selma James schlugen bereits 1973 «Lohn für Hausarbeit» vor. Die durch die Verschiebung in die Privatsphäre externalisierten Kosten würden durch Lohnzahlung internalisiert. Emanzipation durch Geld!?

Dagegen hält die feministische Ökonomin Diane Elson die vollständige Ökonomisierung von Sorgearbeit weder für machbar noch für wünschenswert. Ein Lohn für Hausarbeit würde nicht mit der geschlechtshierarchischen Arbeitsteilung brechen und wäre eine Art Herdprämie und damit ein

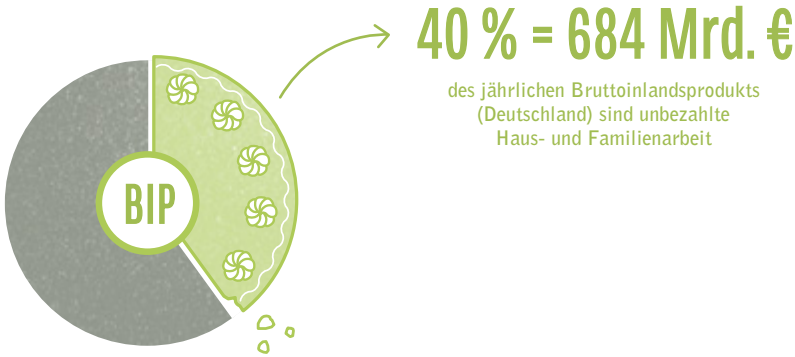


↑ «Blessed Art Thou», 2006,
Bild von Kate Kretz

Mittel gegen die Gleichstellung von Frauen im außerhäuslichen Arbeitsmarkt. Außerdem stellen sich viele Fragen: Wo lässt sich eine Grenze ziehen zwischen Arbeit und altruistischer, emotionaler Interaktion? Schließlich sollen nicht alle sozialen Beziehungen mit einem Preisschild versehen und als Ware gehandelt werden. Wo hört Arbeit auf und fängt Liebe an? Um eine Aufwertung von Sorgearbeit zu initiieren, ist zuallererst eine Neuverteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit zwischen den Geschlechtern und zwischen sozialen Klassen unabdingbar.

Die letzte Zeitbudget-Erhebung für deutsche Haushalte 2001 rechnete die Internalisierung von Kosten durch. Sie stellte ein Jahresarbeitsvolumen von 96 Mrd. unbezahlten, zu ca. 75 Prozent von

Care-Economy



Christa Wichterich, Soziologin, arbeitet als freiberufliche Publizistin, Buchautorin, Lehrbeauftragte an Universitäten und als Beraterin in der Entwicklungszusammenarbeit. Seit der ersten Rio-Konferenz verknüpft sie feministische Ökologie mit feministischer Ökonomie. Sie engagiert sich im wissenschaftlichen Beirat von attac und bei Women in Development Europe (WIDE+).

Frauen geleisteten Arbeitsstunden und von 56 Mrd. Erwerbsarbeitsstunden fest. Würde die unbezahlte Haus- und Familienarbeit mit dem Stundenlohn einer Hauswirtschafterin bezahlt, ergäbe dies eine Lohnsumme von 684 Mrd. Euro jährlich, 40 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Das entspricht der Bruttowertschöpfung der gesamten deutschen Industrie und des Handels zusammen. Soweit die eindrucksvollen Zahlen. Doch wer soll das bezahlen: die Gesellschaft/der Staat, die Privatwirtschaft, der Ehemann?

Cash and Care

Zwar wurde immer mehr Sorgearbeit in den Markt integriert, doch setzt sich dort ihre geringe Wertschätzung in niedrigen Löhnen fort. Gerade Dienstleistungen am Menschen sind zum Prototyp flexibler und prekärer Beschäftigung geworden. Das bedeutet: Die Bepreisung und Entlohnung ändert weder etwas an der Wertschätzung noch daran, dass Sorgearbeit weiter Frauen zugewiesen wird. Auch auf dem Markt sind Sorgebereiche als «weiblich» definiert.

Derzeit verschärft sich die Ökonomisierung von Sorgearbeit zum einen durch Technologieeinsatz, zum anderen durch die Finanzialisierung. Durch altersgerechte Assistenzsysteme – von Badezimmer- spiegeln, die an die Medikamenteneinnahme erinnern, bis zu Fütterrobotern – soll die Effizienz von Sorgearbeit gesteigert werden. Besonders ambulante Pflegedienste und Altenheime gelten als Wachstumsbranche und lukratives Investitionsfeld. Spekulatives Kapital dringt auf der Suche nach neuen, risikoarmen Anlagemöglichkeiten in das wegen seiner sozialen Unentbehrlichkeit «attraktive Marktsegment» ein. Soziales und früher marktferne Handlungsfelder werden damit der Rendite- und Maximierungslogik des Finanzmarkts unterworfen. Wo Sorgearbeit Gewinne abwerfen muss, bedroht das ihre Qualität der Versorgung, der Vor- und Fürsorge, deren Effizienz sich kaum steigern lässt.

An einem Gegenmodell zur weiteren Ökonomisierung von Sorgearbeit versucht sich seit einigen Jahren zum Beispiel die Bürgergemeinschaft Eichstetten.

Das Dorf am Kaiserstuhl hat einen Generationenvertrag abgeschlossen, um die Alten zu betreuen, und zwar in einem Versorgungsmix aus Familienleistungen, bürgerschaftlichem Engagement und bezahlter Pflege durch kommunale und private Anbieter. Damit entsteht ein selbstverwaltetes Common, ein Gemeinschaftsgut zwischen Familie, Kommune und Markt. Dieser Mix ist eine bessere Antwort auf die Krise der Altenbetreuung als die weitere Ökonomisierung und Finanzialisierung von Sorgearbeit. Aber auch hier sind gleichzeitig politische Strategien notwendig, um Sorgearbeit gleich zu verteilen und Geschlechterrollen neu zu konstruieren – und so mit der derzeitigen Beschäftigungs-, Familien- und Steuerpolitik zu brechen.

Cash for Shit

Frauen leisten auch das Gros der Arbeit, um Biogasanlagen in den Haushalten des globalen Südens zu betreiben. Finanziert durch Entwicklungshilfe, wird Biogas dort bereits seit Jahrzehnten als Methode propagiert, um Biomasse zur Erzeugung von Haushaltsenergie zu nutzen, die Arbeitslast der (feuerholzsammelnden) Frauen zu reduzieren und ihre Gesundheit weniger zu belasten als durch ein Holz- oder Holzkohlefeuer. Jetzt wird Biogas – zum Beispiel in Indien – als Projekt zur CO₂-Einsparung und zum Erwerb von Reduktionszertifikaten genutzt, finanziert im Rahmen des Clean Development Mechanism (CDM) der UN. Die Zertifikate werden auf dem Markt verkauft. Biogas ist in die globalen Geld- und Wertketten internalisiert.

In Indien ist eine heftige Kontroverse darüber entbrannt, dass die Biogaserzeugung damit einer neuen Logik unterworfen wird: Biogas wird nicht eingeführt, weil es ökologisch und arbeitstechnisch sinnvoll ist, sondern weil es als Emissionsreduktion bepreist und gehandelt werden kann und Rendite zurückfließen soll.

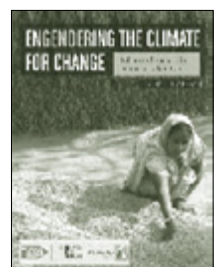
Dieses Kalkül ist jedoch völlig abhängig von den Marktpreisen der Zertifikate. Die brechen derzeit ein, weil bereits zu viele Zertifikate, vor allem zu viele dubiose, auf dem Markt sind. Vom Zertifikationshandel profitieren die Frauen, die das Gros der Arbeit leisten, nicht. Dagegen profitieren Experten und Consultants, die bei der Projektplanung, beim Technologietransfer und der Verifizierung als CDM-Projekt zum Einsatz kommen. Und außerdem die Anleger und Spekulanten, die in die Finanzialisierungsblase von Future-Produkten investieren, die sich an den Börsen über die Kohlenstoffmärkte wölbt. Die Ökonomisierung des Klimaschutzes wird ausgebaut – die Emissionsreduktion allerdings nicht. Denn Biogas wird im Süden als klimafreundliches Projekt unterstützt, damit Unternehmen im Norden zusätzliche Verschmutzungsrechte erwerben können. Das heißt, dass die Internalisierung soziale und ökologische Ziele der ökonomischen Logik unterordnet. ■■■

Care-Economy



↑ In Indien leisten Frauen den Großteil ländlicher Arbeit, so auch im Dorf Baharbari. Hier wurde jüngst ein Stromerzeuger errichtet, der mit einem Energiemix aus Diesel und Gas aus Biomasse gespeist wird und ländliche Betriebe im Umkreis mit Strom versorgt.

↓ Auch Reis wird mithilfe von Bioenergie weiterverarbeitet.



Engendering the Climate for Change

Hrsg. von Aditi Kapoor,
Alternative Futures und der
Heinrich-Böll-Stiftung
Neu Delhi 2011
Kostenfreier Download des
Buches auf www.boell-india.org

Die Commons

Der Begriff der Commons erlebt seit einigen Jahren eine Renaissance.
Zu Recht: Ohne sie ist ein Wandel auch nicht zu haben

Von wegen alternativlos!

Ein Plädoyer von **Silke Helfrich** und **Stefan Tuschen**

Vergeblich versucht die Grüne Ökonomie den Gordischen Knoten zu zerschlagen. Das Kernkonzept der Rio-Folgekonferenz soll den Widerspruch lösen zwischen der Notwendigkeit einer drastischen Reduktion des Ressourcenverbrauchs und dem als alternativlos betrachteten Wirtschaftswachstum. Stattdessen macht das Konzept ihn unsichtbar. Ökologische und ökonomische Nachhaltigkeit werden verknotet und kulturelle wie politische Fragen ausgeblendet. Letzteres liefert sozialen Aktivisten Anlass für scharfe Kritik.

Das Problem ist rasch umrissen: Grüne Ökonomie hält am dualistischen Denken fest, das sich bislang als untauglich erwies, soziale und ökologische Probleme zu lösen. Aber genau darin besteht die Herausforderung. In innovativem Duktus beschreibt der UNEP-Bericht von 2011 die Grüne Ökonomie als «kohlenstoffarm, ressourceneffizient und sozial inklusiv». Die Mittel der Wahl sind aber alles andere als innovativ. Sie bauen entweder auf Marktinstrumente oder auf die Strategie des «Command & Control» – für den Fall, dass Erstere nicht greifen. Zudem wird nicht nur streng dualistisch, sondern auch streng vertikal gedacht, und das gerade in jenen Institutionen, die dem Markt im Sinne des Gemeinwohls Schranken setzen soll-



Elinor Ostrom:

«Selbstorganisation kommt in konventionellen Theorien nirgends vor. Aber die Menschen wissen, was für sie gut ist. Sie brauchen nicht immer eine externe Autorität, die Regeln vorschreibt.»

ten. Aber auch die Kritiker der Grünen Ökonomie bieten bisher kaum konkrete Alternativen. Zwar fordern sie einen Paradigmenwechsel, doch statt die begehrte Alternative klar zu fassen, betonen sie das Unerwünschte (Ökonomisierung, Konzentration, Wachstumsmantra). Genau hier liegt die Relevanz der Commons-Debatte!

Spätestens seit der Wirtschaftsnobelpreis 2009 der führenden Allmendeforscherin Elinor Ostrom zugesprochen wurde, erlebt der Commons-Begriff eine Renaissance. Ostrom hat gezeigt: Praktiken nachhaltiger und selbstbestimmter Ressourcennutzung finden sich «jenseits von Markt und Staat», in den Commons. Und sie hat deutlich gemacht: Patentrezepte, dass Commons gelingen, gibt es nicht! Auch keine institutionellen oder

methodischen Zaubermittel. Commons sind vielfältig und an jedem Ort anders. Sie müssen es sein! Doch diese Vielfalt alter und neuer Allmendewirtschaft scheint in der Grünen Ökonomie unbekannt. Im offiziellen Rio+20-Prozess bleiben Commons unsichtbar.

Anders in den Diskursen der sozialen Bewegungen. Auf dem thematischen Sozialforum im brasilianischen Porto Alegre haben sich zivilgesellschaftliche Gruppen auf Rio+20 und den parallelen «Gipfel der Völker» vorbereitet. Am Rande der Veranstaltung formulierten etwa 100 Aktivistinnen und Aktivisten und

Die Commons

Intellektuelle ihre Vorstellungen. Commons wurden dort als alternatives sozioökonomisches Paradigma diskutiert, alternativ zum vorherrschenden Wirtschaftsmodell und zu seiner grünen Variante.

Was sind Commons?

Im Deutschen wird Commons meist mit «Gemein(schafts)güter» oder «Allmende» übersetzt. Beide Übertragungen sind unzulänglich, weil es weder um Güter an sich noch um eine Rückkehr zu «vormodernen» Wirtschaftsweisen geht. Selbstredend sind Commons im 21. Jahrhundert anders als im 17., so wie sie in München anders sind als in Timbuktu.

Die aktuelle Debatte wird von zwei Begriffsauffassungen dominiert. Die Erste bezeichnet mit Commons jene sozialen, natürlichen und kulturellen Ressourcen, die niemandem allein gehören: Wasser, Wald, Fischgründe, Land, die Atmosphäre, Wissen, Kultur, Bodenschätze, Code und vieles mehr. Die zweite, treffendere meint nicht geteilte Ressourcen selbst, sondern versteht sie in Beziehung zu ihren Nutzerinnen und Nutzern: Was machen wir aus gemeinsamen Ressourcen? In wessen Interesse? Zu welchem Zweck? Mit welchen Institutionen? Wasser kann zum Beispiel beides sein: Ware (als Flasche im Supermarkt) oder Commons (als von allen genutzte, finanzierte und gepflegte Quelle). Die Nutzung einer Ware oder eines Commons' unterliegt völlig anderen Kriterien. Und während das eine zum «Wachstum» beiträgt, kommt das andere ohne

Wachstum aus. Commons brauchen kein Produktivitätsmantra, sondern Aufmerksamkeit, Kommunikation, akzeptierte Regeln sowie Freiräume zur Gestaltung, unabhängig von Gedanken an Verwertung und Profitinteressen. Gerade Letztere werden aber durch den zusätzlichen Verwertungsdruck, den die Grüne Ökonomie schafft, weiter beschnitten. Deshalb schwingt im Motto des diesjährigen Weltumwelttages ein zynischer Ton mit: «Grüne Ökonomie: Lässt sie dich teilhaben?».

Als Brasilien von UNEP zum Ausrichter des Weltumwelttages ernannt wurde, war auf der offiziellen Website zu lesen, das Dilemma zwischen der derzeitigen «braunen» und der neuen Grünen Ökonomie sei am besten mit Garrett Hardins sprichwörtlicher «Tragik der Allmende» illustriert. Nach Hardin kommt es zwangsläufig zur Übernutzung von Ressourcen, sofern private Eigentumsrechte oder (staatliche) Kontrolle dies nicht verhindern. Zwar ist längst klar, dass Hardin eher das Niemandsland als die Allmende ansprach, als er die Metapher von der Tragik der

Allmende in die Welt setzte, doch diese frisst sich trotzdem durch das Denken unserer Zeit wie ein Schmelbrand.

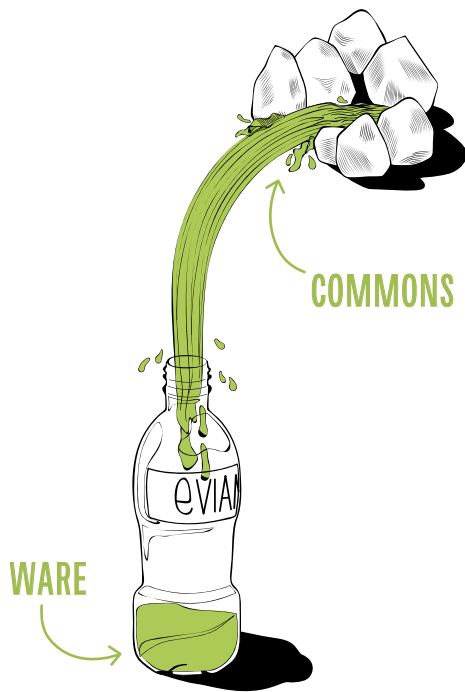
Noch heute gehen viele davon aus, dass gemeinschaftliche Ressourcennutzung nicht funktionieren kann und dass die Bepreisung natürlicher Ressourcen automatisch zu ihrer nachhaltigeren Nutzung führe. UNEP hat die Referenz auf Hardin inzwischen entfernt, aber der Grundidee der Grünen Ökonomie bleibt es verpflichtet. Das Festhalten an gewohnten Denkstrukturen und Dualismen, die Unfähigkeit, andere Gestaltungsprinzipien zu denken, erweist sich einmal mehr als größtes Hindernis für gesellschaftlichen Wandel.

Wie funktioniert das Commoning?

Nach Ostrom müssen Entscheidungen und Regeln durch all jene getroffen und angepasst werden können, die von einer Ressource berührt sind. Das ist unabdingbar dafür, dass Commons gelingen, so wie das Monitoring durch die Nutzenden selbst. Zudem erfordern Commons ein Mindestmaß an staatlicher Anerkennung des Rechts auf Selbstorganisation. Die Idee der Selbstorganisation – ein großes Versäumnis der klassischen Ökonomie – schließt Entscheidungen im Konsens und nach dem Prinzip «eine Person – eine Stimme» ein. Ostrom zeigt zudem, dass es förderlich ist, die Grenze eines Ressourcensystems ebenso klar zu definieren wie die Gruppe der Nutzungsberechtigten. Für globale, regionale und lokale Ressourcensysteme gilt prinzipiell: eine Person – ein Anteil (statt «ein Dollar – ein Anteil», wie in der Bepreisungsstrategie). Dagegen es ist unnötig, den Zugriff auf Dinge zu begrenzen, um deren Nutzung wir nicht konkurrieren.

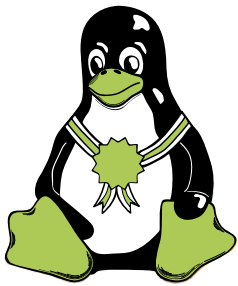
Transparenz ist Voraussetzung dafür, dass diese (und andere) Prinzipien gelebt werden können. Ist dies der Fall, dann ist es wahrscheinlich, dass Ressourcen weder über- noch unternutzt werden und es nach dem Empfinden aller fair zugeht. Die konkreten Regeln sind dabei so verschieden wie die realen Lebenssituationen. Gleiches gilt für die Kommunikations-, Organisations- und Eigentumsformen. Gemein aber ist allen Commons, dass es nicht eine externe, ordnende Autorität gibt. Die Idee, die Umsetzung der Regeln und die Kontrolle zu zentralisieren, widerspricht der Logik der Commons.

Commons sind also komplexe soziale Systeme und nicht einfach «gemeinsam zu nutzende Ressourcen». Ihrer Einhegung und Übernutzung kann demnach nicht ausschließlich durch Einpreisung begegnet werden. Wenn die Politik dies dennoch fordert, muss sie sich der Kritik stellen, selbst den letzten Odem dieser Erde dem Kapitalisierungszwang zu unterwerfen und damit Machtungleichgewichte zu zementieren. Denn sobald das Preisschild dran ist, kann unter den Bedingungen der heutigen Finanzwirtschaft jedes Gut und jede Dienstleistung



Die Commons

«Die Grüne Ökonomie hält die Akteurinnen und Akteure des Marktes und die Regierungen der Nationalstaaten für die wichtigsten Protagonisten auf dem Weg in eine faire und nachhaltige Zukunft. Commoners hingegen sagen: Die Menschen vor Ort sind in Kenntnis der lokalen Probleme prädestiniert, nachhaltige und dezentrale Nutzungsformen zu entwickeln.»



TUX der LINUX-Pinguin

der Erfolg von Linux basiert auf dem Prinzip, dass Software Gemeingut ist und von einer Gemeinschaft entwickelt wird.

zur Handelsware und zum Finanzprodukt werden. Es braucht mehr als Marktmechanismen, technische Innovation und staatliche Kontrolle. Im Kern eines notwendigen Paradigmenwechsels steht soziale Innovation.

Die Grüne Ökonomie hält die Akteurinnen und Akteure des Marktes und die Regierungen der Nationalstaaten für die wichtigsten Protagonisten auf dem Weg in eine faire und nachhaltige Zukunft. Commoners hingegen sagen: Es sind die Menschen vor Ort, die in Kenntnis der lokalen Probleme prädestiniert sind, nachhaltige und dezentrale Nutzungsformen zu entwickeln, und die mehr Möglichkeiten brauchen, ihre Bedürfnisse auch dann zu befriedigen, wenn sie kein Geld in der Tasche und keinen Sozialstaat in der Nähe haben. Und das ist die überwältigende Mehrheit. Sie brauchen den Staat, um ihre eigenen Gestaltungsmöglichkeiten zu erweitern, nicht zur Rundumversorgung.

Bislang ist das Verhältnis zum Staat in der Commons-Debatte eher kritisch. Schließlich gehört der Staat neben dem Markt historisch gesehen zu den Einhegern von Commons. Zu oft war er weder willens noch in der Lage, die Gestaltung unserer Zukunft von der Erzielung privater Gewinne, von finanziellen Anreizen oder der Wettbewerbslogik zu entkoppeln. Zu viel ist (auch in den Rio+20-Dokumenten) von «milliardenschweren Investitionsprogrammen» und der Notwendigkeit neuer Infrastrukturen oder Technologie die Rede, zu wenig von der Rolle unseres Produktions- und Konsummodells, von Lebensstilen und kulturellem Wandel. Die meisten Regierungen agieren durchaus folgerichtig, denn ihre politische Macht hängt am Tropf des Wirtschaftswachstums.

Commons zeigen Alternativen durch kollaborativen Konsum (vom Car-Sharing bis zu Tauschmärkten), Subsistenzorientierung, freien Zugang zu Wissen und Daten und das Management gemeinsamer Ressourcen durch die Nutzer selbst. Commons rücken auch jene Prinzipien in den Blick, die in

jedes Projekt, jedes Gesetz und jedes neue Konzept eingeschrieben sein sollten. Ohne eine Stärkung der Commons ist der Wandel nicht zu haben. Dennoch kommen sie in der Grünen Ökonomie nicht vor, weil durch Commons nicht die Wirtschaft wächst, sondern «nur» die Vielgestaltigkeit der Institutionen, die Kreativität der Individuen und die Lebendigkeit der Sozialbeziehungen. ■■■

Silke Helfrich ist Autorin und Mitbegründerin der Commons Strategies Group. Sie war bis 2007 viele Jahre für die Heinrich-Böll-Stiftung als Büroleiterin in El Salvador und Mexiko tätig. Sie lebt in Jena.

Stefan Tuschen hat Lateinamerikawissenschaften studiert. Er arbeitet beim Evangelischen Entwicklungsdienst zu Rio+20 und ist Ko-Redakteur von gemeinguetter.de. Er lebt in Köln.



Commons

Hrsg. von Silke Helfrich und Heinrich-Böll-Stiftung im transcript verlag
Bielefeld 2012, 524 Seiten,
24,80 Euro
Kostenfreier Download des Buches auf www.boell.de

Ökonomie und Ethik

Über die Verführung, Kosten-Nutzen-Kalküle zur höchsten menschlichen Weisheit zu erklären.

Ein wenig mehr Bescheidenheit, bitte!

Von **Konrad Ott**



Ökonomie und Ethik

Es ist unmöglich, auf wenigen Zeilen Vertretbares zum Verhältnis von Umweltethik und Umweltökonomik zu äußern. Möglich sind jedoch einige Bemerkungen zu Grundfragen ökonomischen Denkens, die für die Fragestellung nach einer ökonomischen Inwertsetzung von ökologischen Dienstleistungen («ecosystem services») relevant sind. Diese Inwertsetzung ist nicht, wie manche argwöhnen, eine neoliberale Kommerzialisierung von Natur, die aus prinzipiellen ethischen oder politischen Gründen zu unterbinden wäre. Sie ist eine erweiternde Anwendung ökonomischen Denkens auf Naturgüter.

Politiker mögen sich mit den Ergebnissen ökonomischer Bewertungen, die sich in Geldsummen ausdrücken lassen, zufriedengeben; von philosophischem und ethischem Interesse ist es, wie solche Zahlen generiert werden. Den Autoren der maßgeblichen TEEB-Studie (→ Seite 7) sind die bei einer solchen Generierung auftretenden Schwierigkeiten bewusst; ich möchte einige dennoch pointieren, um für ein bescheidenes Selbstverständnis der Ökonomik zu plädieren.

Knappheit und Natur

Was im Überfluss vorhanden ist, ist ökonomisch uninteressant. Ökonomisches Denken geht von Knappheiten aus und fordert, angesichts von Knappheit nicht verschwenderisch zu agieren und Alternativen des Ressourceneinsatzes kritisch zu prüfen. In der Ökonomie gilt dabei das Gesetz vom abnehmenden Grenznutzen einer zusätzlichen Einheit vom Gleichen: Wenn jedes Bier 3 Euro kostet und der Grenznutzen jedes zusätzlichen Bieres abnimmt, ist es irgendwann vernünftig (sofern der Bierkonsum die Rationalität nicht beeinträchtigt hat), die nächsten 3 Euro nicht mehr für das x-te Bier auszugeben. Dieses Gesetz zwingt zu einer Grenznutzenbetrachtung (sog. marginalistische Perspektive) auf alle Güter. Ökonomisch bewertet werden kann beispielsweise, was an Nutzen erzeugt wird und was zugleich an Naturkapital verloren geht, wenn Regenwald in Palmölplantagen umgewandelt wird. Daraus folgt, dass die Ökonomik den Gesamtwert der Natur oder der Biodiversität prinzipiell nicht erfassen, sondern nur Aussagen über die Bewertung von einzelnen («marginalen») Veränderungen treffen kann. Der ökonomische Wert «der» Natur entzieht sich ökonomischer Bewertung. Eine Aufsummierung marginaler Veränderungen, etwa um eine politisch verwertbare Zahl zu bilden, ist methodisch unzulässig.

Die Ökonomik stellt durchaus in Rechnung, dass sich Muster von Knappheit im Laufe der Zeit wandeln können. Waren in früheren Zeiten Waren, Maschinen und Infrastrukturen knapp, so sprechen in der Gegenwart viele Gründe dafür, dass vor allem die natürlichen Ressourcen, Senken und Güter («Naturkapitalien») knapp geworden sind. Sofern die industrielle

Konrad Ott ist seit 1997 Professor für Umweltethik an der Universität Greifswald und gehörte von 2000–2008 dem Sachverständigenrat für Umweltfragen der deutschen Bundesregierung an.

Produktion immer leichter Artikel des Massenkonsums produziert, verlieren zusätzliche Einheiten an Wert, während die verlorenen Wohlfahrtswirkungen von Naturgenuss, Landschaftserlebnis und Erholung an Wert gewinnen. Die Menschheit verbraucht somit zu viel von dem, was immer knapper wird – und dies ist ökonomisch verschwenderisch. Die ökonomische Inwertsetzung könnte durchaus helfen, diese Verschwendung zu verdeutlichen.

Allerdings sind Knappheiten nicht einfach objektiv vorhanden, sondern müssen von Individuen als solche verspürt und bewertet werden. Von dieser Wahrnehmung ist die ökonomische Bewertung abhängig. Als Grundsatz der Ökonomik gilt, dass Ökonomen nicht selbst werten, sondern feststellen, was Individuen faktisch wertschätzen. Ökonomen müssen Wertschätzungen respektieren, da sie Individuen nicht bevormunden dürfen. Zum Ethos des Ökonomen zählt daher Respekt vor der so genannten Konsumentensouveränität.

In der Ökonomie wird weiterhin angenommen, dass Wohlfahrt («Nutzen») vielfältige Quellen und Formen hat. Die meisten Ökonomen würden einräumen, dass daher ein weiter Konsumbegriff zugrunde zu legen ist, der es erlaubt, auch Sonnenuntergänge, wilde Beeren, einsame Waldlichtungen, Witze, Küsse und gute Gespräche als Quellen menschlicher Wohlfahrt zu erfassen. Gleichwohl schränken viele ökonomische Modelle den Konsumbegriff auf den Kauf von Waren und Dienstleistungen ein. Dies ist doppelt falsch, da Kauf nicht Konsum ist: Man konsumiert eine Hose, indem man sie trägt. Die Verengungen und Verzerrungen der Konzepte von Konsum und Konsumenten führen, nebenbei gesagt, auch zu der Überbewertung des Bruttoinlandsproduktes und seiner Wachstumsraten. Die Inwertsetzung von Natur könnte dieser Verengung der Konsumvorstellungen entgegenwirken.

Vorlieben und Zahlungsbereitschaft

Die Ökonomie möchte die unterschiedlichen Formen und Quellen des Nutzens und der Kosten miteinander vergleichbar («kommensurabel») machen, da andernfalls eine formale Modellierung unmöglich ist. Kosten sind Verzicht auf etwas. Kosten entstehen durch Naturzerstörung ebenso wie durch Naturschutz. Wenn Pestizide gesprüht werden, verzichtet man auf den Anblick von Mohn und Kornblumen auf dem Feld. Wenn alte Buchen geschützt werden sollen, verzichtet man auf den monetären Erlös des Buchenholzes.

Als gemeinsames Maß für Kosten und Nutzen werden monetäre Einheiten gewählt. Dieses Maß zwingt dann dazu, die von Hause aus nicht-monetären Nutzenquellen zu monetarisieren. Dies gilt auch für den Nutzen der Naturkapitalien. Für diese Monetarisierung stehen verschiedene Methoden zur Verfügung, vor allem die der Zahlungsbereitschaftsanalyse

Ökonomie und Ethik

(«contingent valuation», CV). Eine andere Methode ist die Reisekostenmethode: Wer x Euro ausgibt, um einen Blauwal zu fotografieren, dem sind der Anblick und das Foto mindestens x Euro wert. Eine dritte Methode ist die Ersatzkostenrechnung, bei der man zu ermitteln sucht, wie viel es kosten würde, «ecosystem services» technisch zu ersetzen (etwa natürliche Wasserreinigung oder Bestäubung durch Insekten). Im Folgenden wird nur CV näher betrachtet.

Die Menschen sollen gemäß dieser Methode in Befragungen Auskunft darüber geben, wie viele Geldeinheiten ihnen etwas in der Natur wert ist. Die monetären Angaben der Befragten beruhen auf deren Vorlieben («Präferenzen»). Ist die Zahlungsbereitschaft negativ, liegt Abneigung vor. Wenn die Zahlungsbereitschaft für den Abschuss aller Wölfe in einem Gebiet höher wäre als die für ihren Schutz, weil die Menschen Angst vor Wölfen haben, wäre es ökonomisch richtig, die Wölfe abzuschießen. Ob diese Angst begründet ist, interessiert den Ökonomen nicht. Da die Zahlungsbereitschaft von verfügbarem Einkommen abhängig ist, kann eine CV-Befragung allerdings auch zu einer Unterbewertung der Naturgüter in armen Ländern führen. Die Ergebnisse von CV-Studien variieren, je nachdem wen man wie fragt. Die meisten CV-Studien in westlichen Ländern geben deutliche Hinweise darauf, dass unser Naturumgang die in der Bevölkerung vorhandene Nachfrage nach Naturgütern nicht befriedigt, das Angebot also geringer ist als die Nachfrage. Von daher wäre eine Erhöhung der staatlichen Naturschutzbudgets volkswirtschaftlich vernünftig.

Die Ökonomik setzt bei ihren CV-Studien voraus, dass alle Präferenzen authentisch sind, während die Ethik in Rechnung stellt, dass Vorlieben durch Manipulation, Werbung, Erziehung, Gewohnheiten geprägt sein können. Problematisch ist, dass Präferenzen in den ökonomischen Methoden kaum kritisierbar sind, was eine dialogische Orientierung an reflektierten und kritisch angeeigneten Präferenzen ausschließt.

Das bedeutet: Nicht hinterfragbare Präferenzen sind für den Naturschutz ein (viel zu) «dünnes Eis». Die Ökonomik ist zudem konzeptionell «sprachlos». Sie müsste ihre monologische Konzeption von Rationalität durch eine Konzeption diskursiver Vernunft erweitern. Die genannten ökonomischen Methoden sollten daher durch diskursive Verfahren ergänzt werden, in denen mündige Bürgerinnen und Bürger ihre vielfältige Wertschätzung von Umwelt- und Naturqualitäten artikulieren können, ohne sie monetarisieren zu müssen. Die Individuen sollen also zunächst im Dialog herausfinden, wie viel ihnen Natur aus welchen Gründen wirklich bedeutet. Hierfür ist das Konzept der Präferenzen viel zu eng. Neben Präferenzen existieren kulturelle Traditionen, politische Ideale, Verpflichtungen gegenüber zukünftigen Generationen, Auffassungen hinsichtlich eines



↑ Die Bedeutung eines heiligen Ortes wie dieser Wasserfall in Haiti lässt sich nicht mit Geld beziffern.

moralischen Selbstwertes von Naturwesen, spirituelle Sichten auf Natur, existentielle Haltungen (wie Faszination, Staunen, Ehrfurcht) und vieles mehr. Der Reichtum menschlicher Naturbeziehungen lässt sich nicht befriedigend durch Analysen der Zahlungsbereitschaft abbilden, so erfreulich die Ergebnisse vieler CV-Studien für Naturschützer auch sein mögen. Wenn ein Berg als heiliger Ort gilt, ist die Frage nach der Bereitschaft, zu welchem Preis man ihn für den Bergbau freigeben würde, deplatziert. Die Überzeugung, dass Naturwesen aufgrund ihres Selbstwertes um ihrer selbst willen zu schützen sind, entzieht sich der Monetarisierung prinzipiell. Wer vom moralischen Selbstwert von Naturwesen überzeugt ist, der kann und darf keine Geldsumme nennen, für die er die Vernichtung dieser Naturwesen akzeptieren würde, da genau dies seiner Überzeugung widerspräche. Das Ausmaß des Naturschutzes kann nicht unabhängig von menschlichen Wertschätzungen bestimmt werden, aber faktische Zahlungsbereitschaft ist bestenfalls ein grober Indikator für diese Wertschätzung.

Egoismus, Substitution und Diskontierung

In der Ökonomik wird es als rational definiert, wenn ein Individuum seinen Nutzen maximiert. Diese definitorische Verbindung von Rationalität mit individueller Nutzenmaximierung läuft auf einen intelligenten Egoismus hinaus. Damit ließe sich Naturschutz nur dann begründen, wenn er nützlich für lebende Egoisten wäre. Der Gefahr, die Praxis des Naturschutzes an diese Perspektive zu binden, versuchen Ökonomen dadurch zu entgehen, dass sie uneigennützige («altruistische») Präferenzen, etwa Sympathiegefühle gegenüber Mitgliedern zukünftiger Generationen gelten lassen. Wer aber keine altruistischen Präferenzen verspürt, hat auch keine entsprechende Zahlungsbereitschaft – und braucht sie, ökonomisch gesehen, auch nicht zu haben. Die Ökonomik bekommt daher das Problem der Zukunftsverantwortung nicht in den Griff.

Umweltethisch betrachtet, haben zukünftige Personen ein Anrecht auf eine faire und gute Hinterlassenschaft auch an Naturgütern und Umweltqualitäten.

«Nicht die Ökonomik ist das Problem, sondern der Status, der dieser Disziplin zuerkannt wird. Während wir Natur auf der Sachebene unterbewerten, überbewerten wir die Ökonomik auf der Wissenschaftsebene.»

Sie haben ein Anrecht darauf, dass die heutige Generation eine anspruchsvolle Umwelt- und Naturschutzpolitik im Sinne einer Theorie starker Nachhaltigkeit betreibt. Diesen moralischen Ansprüchen kann eine ökonomische Bewertung von Natur nicht gerecht werden.

Dafür gibt es zwei weitere Gründe. Der erste Grund liegt darin, dass viele ökonomische Modelle es erlauben, Naturkapitalien durch menschengemachte Kapitalien zu ersetzen («substituieren»), also eine artifizielle Welt zu hinterlassen. Dieser Substitutionsoptimismus ist empirisch schlecht begründet und es ist unklar, ob zukünftige Personen mit der heutigen Substitutionspraxis einverstanden sein werden. Der zweite Grund liegt darin, dass viele Ökonomen zukünftige Weltzustände auf den Gegenwartswert hin mit einer prozentualen Rate abdiskontieren, was bewirkt, dass Ereignisse in fernerer Zukunft von heute aus betrachtet unerheblich sind. Das Problem der Diskontierung ist ein Grundproblem jeder langfristigen ökonomischen Bewertung von Nutzen und Schäden. Selbst wenn der Verlust von Biodiversität in 100 Jahren zu großen Schäden führen würde, kann einem dies egal sein, wenn diese Schäden diskontiert werden dürfen. Auch der Streit in der ökonomischen Bewertung des Klimawandels ist nicht zuletzt ein Streit um die Diskontrate.

Ökonomen rechtfertigen das Diskontieren entweder damit, dass in Zukunft vieles reichlicher vorhanden sein werde, oder dass die meisten Menschen

faktisch für einen gegenwärtigen Genuss einen späteren Schaden oder Nachteil in Kauf nehmen. Beide Gründe sind jedoch schwach: Erstens ist keineswegs ausgemacht, dass in Zukunft mehr wohlfahrtstiftendes Naturkapital vorhanden sein wird, und zweitens ist die faktische Bevorzugung der Gegenwart kein moralischer Grund, die Zukunft abzuwerten.

Pointiert gesagt:

Nicht die Ökonomik ist das Problem, sondern der Status, der dieser Disziplin zuerkannt wird. Während wir Natur auf der Sachebene unterbewerten, überbewerten wir die Ökonomik auf der Wissenschaftsebene. In diesem Sinne sind auch nicht die Beiträge der Ökonomik zur Naturbewertung das Problem, sondern der Irrglaube, der darin liegt, dass den methodisch generierten monetären Werten ein höheres Maß an Vernunft zugebilligt wird als gründlichen umweltethischen Argumentationen. Die Ökonomik hat nun allerdings bescheidene und großspurige Vertreter. Bescheidene Vertreter räumen die Grenzen ökonomischer Bewertung und ihre Abhängigkeit von ethischen Wertentscheidungen ein. Großspurige Vertreter entwickeln aus der fragwürdigen ökonomischen Definition von Rationalität die Auffassung, Kosten-Nutzen-Kalküle seien höchste menschliche Weisheit. Die Gesellschaft sollte sich hüten, großspurigen Ökonomen die Frage nach dem optimalen Ausmaß von Natur zu überantworten. ■■■

Rio2012: Gerechtigkeit in einer endlichen Welt

Der Erdgipfel von Rio de Janeiro 1992 gilt als wichtiger Meilenstein in der internationalen Umweltpolitik. Die Ergebnisse – darunter die Klimarahmen- und Biodiversitätskonvention sowie das Aktionsprogramm Agenda 21 – setzen bis heute den Rahmen für notwendige multilaterale Absprachen. Dennoch konnten sie weder den Klimawandel noch den Verlust der biologischen Vielfalt stoppen. Wir verbrauchen heute die Ressourcen von eineinhalb Planeten und heizen die Erdatmosphäre weiter auf. Zur massiven ökologischen Ungleichheit gesellt sich die soziale Ungerechtigkeit.

20 Jahre nach dem ersten Erdgipfel wird sich die Weltgemeinschaft vom 20. bis 22. Juni 2012 erneut in Rio de Janeiro treffen. Doch für eine grünere, gerechtere und ressourceneffizientere Welt braucht es keine Absichtserklärungen, sondern ernstgemeinte Prioritäten.

Für uns und unsere Partnerinnen und Partner in aller Welt ist Rio2012 Anlass und Gebot, uns aktiv in die politischen Debatten um eine sozial und ökologisch gerechte Zukunft einzumischen. Wir suchen nach Lösungen und Alternativen zu einem zerstörerischen Wachstumsmodell, wie wir es seit 200 Jahren Industrialisierung kennen – Lösungen, die ein Leben in Würde ermöglichen, ohne die ökologischen Grundlagen unseres Lebens zu zerstören.

Aktuell und live aus Rio:
www.klima-der-gerechtigkeit.de

Die Grüne Ökonomie, die wir meinen:

- respektiert die begrenzte Verfügbarkeit aller Ressourcen,
- misst nachhaltigen Lebensstilen und Konsummustern eine hohe Bedeutung bei,
- adressiert Verteilungs- und Machtungleichgewichte in der Ressourcenpolitik an Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger,
- setzt einen klaren politischen Rahmen und definiert verbindliche Kriterien, an denen sich Regierungen und Konzerne messen lassen müssen,
- überwindet die Grenzen unseres heutigen Handels- und Wirtschaftsmodells mit dem Ziel einer nachhaltigen und gerechten Entwicklung.

Grüne Ökonomie im Netz: www.boell.de/rio20

→ *Grüne Ökonomie – die neue Zauberformel?*
 von Barbara Unmüßig, Februar 2012

→ *Anlauf zur Rettung des Planeten?*
 von Barbara Unmüßig, April 2012

Unser Büro in Rio de Janeiro unterstützt den zivilgesellschaftlichen «Gipfel der Völker» (cupuladospovos.org.br/en/), der vom 15. bis 23. Juni parallel zur offiziellen Konferenz Rio2012 stattfindet. Wir analysieren das brasilianische Entwicklungsmodell, diskutieren Konzepte für eine Grüne Ökonomie, kritisieren den Ausverkauf der Natur und engagieren uns gegen Atomkraft.
www.br.boell.org

Publikation

Zur Lage der Welt 2012. Nachhaltig zu einem Wohlstand für alle

Mit Vorworten von Luis A. Ubinas, Robert Engelman, Ralf Fücks und Klaus Milke sowie Sonderbeiträgen von Ralf Fücks, Cornelia Heydenreich und Klaus Milke. Hrsg. vom Worldwatch Institute in Zusammenarbeit mit der Heinrich-Böll-Stiftung und Germanwatch im oekom Verlag München 2012, 288 Seiten, 19,95 Euro

COMMONS

Hrsg. von Silke Helfrich und Heinrich-Böll-Stiftung im transcript verlag Bielefeld 2012, 524 Seiten, 24,80 Euro

Kostenfreier Download des Buches, Analysen und weitere Publikationen zum Thema «Gemeingüter» unter: www.boell.de/commons

Einmischen!

unter <http://entdecke.boell.de/>



Zuletzt erschienen

Die Ausgaben 2/11 und 3/11 sind als Printversionen vergriffen. Download unter www.boell.de/thema



4/11
Zur Zukunft Europas



3/11
**Grenzenlos illegal –
 transnationale organisierte Kriminalität**



2/11
**Grenzen des Wachstums –
 Wachstum der Grenzen**

Böll.Thema 1/12

Grüne Ökonomie – Was uns die Natur wert ist

«In der Ökonomie wird es als rational definiert, wenn ein Individuum seinen Nutzen maximiert. Diese definitorische Verbindung von Rationalität mit individueller Nutzenmaximierung läuft auf einen intelligenten Egoismus hinaus. Damit ließe sich Naturschutz nur dann begründen, wenn er nützlich für lebende Egoisten wäre. Die Gefahr, die Praxis des Naturschutzes an diese Perspektive zu binden, versuchen Ökonomen dadurch zu entgehen, dass sie uneigennützig («altruistische») Präferenzen, etwa Sympathiegefühle gegenüber Mitgliedern zukünftiger Generationen, gelten lassen. Wer aber keine altruistischen Präferenzen verspürt, hat auch keine entsprechende Zahlungsbereitschaft – und braucht sie, ökonomisch gesehen, auch nicht zu haben. Die Ökonomie bekommt daher das Problem der Zukunftsverantwortung nicht in den Griff.»

Konrad Ott, Professor für Umweltethik an der Universität Greifswald

Die Heinrich-Böll-Stiftung ist eine Agentur für grüne Ideen und Projekte, eine reformpolitische Zukunftswerkstatt und ein internationales Netzwerk mit weit über hundert Partnerprojekten in rund sechzig Ländern. Demokratie und Menschenrechte durchsetzen, gegen die Zerstörung unseres globalen Ökosystems angehen, patriarchale Herrschaftsstrukturen überwinden, in Krisenzonen präventiv den Frieden sichern, die Freiheit des Individuums gegen staatliche und wirtschaftliche Übermacht verteidigen – das sind die Ziele, die Denken und Handeln der Heinrich-Böll-Stiftung bestimmen. Sie ist damit Teil der «grünen» politischen Grundströmung, die sich weit über die Bundesrepublik hinaus in Auseinandersetzung mit den traditionel-

len politischen Richtungen des Sozialismus, des Liberalismus und des Konservatismus herausgebildet hat.

Organisatorisch ist die Heinrich-Böll-Stiftung unabhängig und steht für geistige Offenheit. Mit derzeit 29 Auslandsbüros verfügt sie über eine weltweit vernetzte Struktur. Sie kooperiert mit 16 Landesstiftungen in allen Bundesländern und fördert begabte, gesellschaftspolitisch engagierte Studierende und Graduierte im In- und Ausland. Heinrich Bölls Ermunterung zur zivilgesellschaftlichen Einmischung in die Politik folgt sie gern und möchte andere anstiften mitzutun.

www.boell.de